



WANN KÄMPFEN WIR WIE IN FRANKREICH?

06 Jetzt reicht! Widerstand wächst

Widerstand aus den Betrieben
gegen Angriffe von oben wächst!

12 Es gab nie eine Brandmauer

Wo es dem Kapital nützt wird schon
lange mit der AfD gearbeitet

16 Die Zeitenwende in unseren Köpfen

Wie die Zustimmung zur Aufrüstung
geschaffen wird

3 Jetzt reicht - Protest, Widerstand, Streik! **5** Sozialproteste laufen an **7** Rote Punkte, leere Hände - Streik bei VIVANTIS
8 Das Kapital verschärft den Klassenkampf von oben **10** Es gab nie eine Brandmauer **12** Die Linke auf dem Weg zur
„sozialistischen Volkspartei“? **14** Die Zeitenwende in unseren Köpfen **16** 77 Jahre freiheitlich-demokratisch - für wen?
18 Die Zeit der Sommermärchen ist vorbei **20** Der Kultur wird der Kampf von oben angesagt **22** Kunst im Dienst der
Arbeiterklasse **24** M+E-Tarifrunde: Forderungsfindung geht los! **26** Was ist das Völkerrecht noch wert? **28** Der Haupt-
feind Russland ist zurück **29** Hat Bibi Trump in den Krieg getrieben?

LIEBE LESER,

in der Doppelausgabe für Juli und August beschäftigen wir uns auf 32 Seiten mit vielen grundsätzlichen Fragen. Im Titelthema beleuchten wir die aktuellen Proteste gegen den Klassenkampf von oben, den die Regierung vorantreibt. Wir schauen uns den Stand der Reformen, aber vor allem die entstehende Protestbewegung an, wobei besonders der Widerstand aus den Betrieben eine zentrale Rolle spielen muss. Die ersten Beispiele kämpferischer Kollegen und ihre Statements gilt es jetzt zu verbreiten und einen kämpferischen Sommer und Herbst vorzubereiten! Auch die Metall- und Elektro-tariffrunde spielt dafür eine wichtige Rolle, wobei wir besonders die begonnene Beschäftigtenbefragung beleuchten.

Angesichts der Landtagswahlen, die im Herbst auch anstehen, haben wir uns noch einmal ausführlicher der AfD und den Strategien gegen sie zugewendet - vor allem die Brandmauer haben wir unter die Lupe genommen und festgestellt: Es gab sie nie. Zu anderen Schlüssen kam die Linkspartei beim Bundesparteitag, den wir ebenfalls ausführlich besprechen.

In einer umfangreichen Kulturrubrik widmen wir uns in dieser Ausgabe außerdem der Rolle, die Kultur im Klassenkampf spielen kann: Als Klassenkampf von oben, exemplarisch gezeigt an der Person von Wolfram Weimer, dem Kulturstaatsminister hinter den Angriffen auf zahlreiche Kulturschaffende, sowie Klassenkampf von unten, wie er besonders in der Weimarer Republik organisiert stattgefunden hat. Auch die WM findet ihren Platz, wobei jetzt schon klar ist: Ein Sommermärchen gibt es nicht.

Ein bisschen grundlegender wird es, wenn wir uns mit der viel beschworenen „freiheitlich-demokratisch Grundordnung“ beschäftigen, sowie das Scheitern Deutschlands in der UNO und die Rolle des Völkerrechts beleuchten. Weitere Themen sind die Kriegstüchtigkeit und wie die Zustimmung dazu hochgeschraubt wird, der Ukraine-Krieg und die Frage, ob Bibi Trump in den Gaza-Krieg reingezogen hat.

WIR WÜNSCHEN GUTE DISKUSSION,

DIE REDAKTION

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 24. August.

IMPRESSUM

Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer
Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

V.i.S.d.P.: D. Möller

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

www.arbeitsukunft.de

webmaster@arbeit-zukunft.de

Tel: 07159 4200174

Bankverbindung

Kontoinhaber: Diethard Möller

IBAN: DE50 6001 0070 0401 6127 03

Kreditinstitut: Postbank Stuttgart

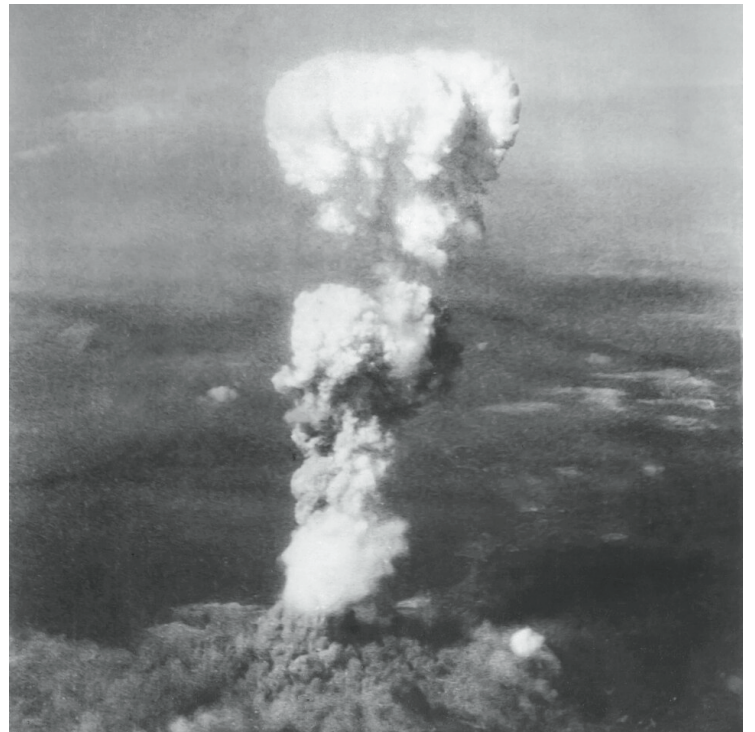
BIC: PBNKDEFFXXX

IM AUGUST...1945

HIROSHIMA UND NAGASAKI

Am 6. August 1945 warf die US-Armee über Hiroshima die erste Atombombe ab. Am 8. August folgte der zweite Abwurf auf Nagasaki. Unmittelbar starben rund 100.000 Menschen. Bis heute werden rund 550.000 Todesopfer unter anderem durch Folgeschäden wie Strahlenkrankheiten gezählt. 2 Bomben und über eine halbe Millionen Menschen wurden ermordet – überwiegend Zivilisten und von der japanischen Armee verschleppte Zwangsarbeiter!

Für den Ausgang des Krieges hatten diese Bomben keine Auswirkung, denn die japanische Armee hatte bereits entscheidende Schlachten verloren, war auf dem Rückzug und kurz vor der Kapitulation. Bedeutung hatte dieser Atombombenabwurf nur für die Nachkriegsordnung und die Stellung des US-Imperialismus. Mit dem ersten Atombombenabwurf in der Geschichte der Menschheit demonstrierte der US-Imperialismus seinen Machtanspruch gegenüber der sozialistischen Sowjetunion. Dafür mussten über eine halbe Millionen Menschen sterben.



Ein weiterer Grund war, Japan rasch zur Kapitulation zu zwingen, um ein Eingreifen der Sowjetunion und damit deren wachsenden Einfluss zu verhindern. Denn die UdSSR hatte sich in Jalta verpflichtet, nach dem Sieg gegen Nazi-Deutschland eine Front gegen Japan zu eröffnen.

Das sollte verhindert werden.

Heute haben bereits taktische Atomwaffen die Sprengkraft der Atombomben, die über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden.

NATO-Militärs spielen mittlerweile damit, in Europa mit taktischen Atomwaffen Krieg führen zu können. Im Machtkampf der heutigen imperialistischen Großmächte USA, China, Russland wird es immer brutaler. In Palästina und Libanon, in der Ukraine werden wieder zigtausende Menschen geopfert – für Großmachtinteressen. Die deutsche Bundesregierung will die Bundeswehr zur größten konventionellen Armee in Europa machen und damit zu den USA und China aufrücken. Bei Atomwaffen arbeiten sie an einer „europäischen Lösung“, um endlich Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen. Aktuell sind es noch lokale Kriege, aber mit der Zuspitzung des Kampfes um die Weltherrschaft könnte sich daraus auch wieder ein verheerender Krieg der Großmächte entwickeln. Mit den heutigen Waffen, ob konventionell oder atomar, würde das Millionen Tote bringen.

Hiroshima und Nagasaki mahnen uns, gegen diesen Kriegskurs der Bundesregierung und des Imperialismus alle Kräfte zu mobilisieren!

JETZT REICHT'S!

PROTEST, WIDERSTAND, STREIK



Mit einer kämpferischen Resolution ruft die Vertrauenskörperleitung der IG Metall bei Mercedes Untertürkheim dazu auf, den Widerstand gegen die geplanten Sozialangriffe der Bundesregierung in die Betriebe zu tragen und für Massenproteste im Herbst zu mobilisieren. Sie bleiben nicht allein damit.

von **Oliver Roth**

Die Vertrauenskörperleitung (VKL) der IG Metall im Mercedes-Werk Untertürkheim hat in einer Resolution beschlossen, gegen die Sozialangriffe des Kapitals und seiner Regierung zu kämpfen. „Niemand muss uns auf die Straße rufen, wir gehen von selbst“, erklären die Kollegen und fordern die IG Metall Führung auf: „Wo ist die IG Metall, wenn wir sie brauchen?“ Das Ziel ist, im Herbst mit Hunderttausenden auf die Straße zu gehen und gemeinsam gegen den Sozialabbau zu kämpfen! Die Untertürkheimer Gewerkschafter versuchen die Resolution an die Vertrauenskörper und Betriebsräte in anderen Werken zu verbreiten und fordern sie auf: „Tragt den Beschluss in die Werke, diskutiert ihn mit dem Kollegen.“ Die Gewerkschafter in Untertürkheim wissen auch: Die Bewegung wird von den Arbeit-

tern selbst ins Leben gerufen!

Die arbeiterfeindliche CDU/CSU-SPD-Regierung versucht, die größten sozialen Angriffe in der Geschichte des Landes umzusetzen. Grundsicherung, gesetzliche Pflege-, Kranken- und Rentenversicherung – all das wurde von der kapitalistischen Regierung auf den OP-Tisch gebracht. Darüber hinaus stehen die weitere Flexibilisierung und Aufhebung der Begrenzung der täglichen und Lebensarbeitszeiten auf der Tagesordnung. Die Regierung wird in den kommenden Monaten entscheiden, wie tief sie das Skalpell ansetzen wird. Ihr Dilemma: Wird das Skalpell zu tief angesetzt, lässt sich der Widerstand breiter Massen möglicherweise nicht mehr aufhalten. Wird es nicht tief genug angesetzt, wird sie sich Ärger mit dem Kapital einhandeln.

Sie lassen uns keine Atempause!

Für das deutsche Kapital, das im internationalen Wettbewerb zunehmend an Boden verliert und dessen Gewinnmargen in fast allen Branchen rückläufig sind, ist Zeitverlust ein ernstes Problem. Für das Kapital, das eine umfassende Erneuerung des gesetzlichen Sozialversicherungssystems fordert, gehört die Verlängerung der täglichen und Lebensarbeitszeit wie auch weitere Flexibilisierung zu den Maßnahmen, die unverzüglich erfolgen müssen. Andererseits werden die eingeleiteten „Reformschritte“ vom Kapital lediglich als „erste Schritte in die richtige Richtung“ angesehen. Ohne auch nur einen Blick auf die Auswirkungen des neuen Sozialhilfegesetzes („Grundsicherung“) zu werfen, das am 1. Juli in Kraft getreten ist, erklärt der CSU-Vorsitzende und bayerische Minis-

terpräsident Markus Söder, dass die Höhe der ausgezahlten Sozialleistungen auf das „verfassungsrechtlich zulässige Minimum“ gesenkt werden müsse. Für Söder gilt: „Nach der Reform ist vor der Reform.“

Das Kapital und seine Regierung gewähren keine Atempause: Tägliche Katastrophennachrichten über die Wirtschaft und immer wieder neue Reform-Pläne werden fast im Wochentakt aufgestellt. Darauf muss jetzt eine organisierte Antwort folgen!

Gegenwehr JETZT!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir gerade erleben, ist kein Reformprogramm. Es ist der größte Angriff auf unsere sozialen Errungenschaften seit Jahrzehnten. Das ist Klassenkampf von oben. Und von unserem IG Metall-Hauptamt? Kein Signal, dagegen wirklich Druck aufzubauen. Auf der letzten GTK hieß es von Barbara: „Mich fragt ja niemand, warum wir nicht auf die Straße gehen.“ Aus unseren Betrieben hören wir andere Signale. Die Menschen machen sich sehr große Sorgen. Unsere Kollegen haben unter anderem Angst vom Schuftens bis ins Grab, vor Altersarmut, vor einem kaputtgesparten Gesundheitssystem. Und sie fragen uns: Wo ist die IG Metall, wenn wir sie brauchen?

Wenn wir jetzt nicht kämpfen, gibt es bald nichts mehr zu verteidigen. Und dann verlieren wir auch das Vertrauen in unsere eigene Stärke. In Stuttgart gehen wir erste Schritte: Am 9. Juli mit einem Auto-Korso gegen die Gesundheitsreform. Aber das reicht nicht. Das kann nur ein Anfang sein. Im Herbst müssen wir zu Hunderttausenden auf die Straße. Gemeinsam gegen den Sozialabbau.

Und wenn uns in den letzten Jahren das Klassenbewusstsein verloren gegangen ist. Dann ist jetzt die Zeit, das Feuer wieder zu entfachen. Wir, die Vertrauensleute von Mercedes Benz Untertürkheim, haben dazu eine Resolution verabschiedet. Tragt sie in eure Betriebe. Sprecht mit euren Kollegen. Dennoch eins ist klar: Papier allein bewegt nichts. Bewegung entsteht nur, wenn wir sie selbst machen.

Saludos
Miguel

Der Kollege Jose-Miguel Revilla arbeitet bei Mercedes-Benz-Werk Untertürkheim und ist VK-Leiter im Werkteil Untertürkheim & Entwicklung PKW

DIE BOSSE WOLLEN KLASSENKAMPF? KÖNNEN SIE HABEN!

Resolution der Vertrauensleute von Daimler Untertürkheim

Fast kein Tag vergeht, an dem nicht ein Unternehmen ankündigt, zu entlassen oder auf unsere Kosten „sparen“ zu müssen. Die Krise ist allgegenwärtig. Und die Bosse wollen uns dafür bezahlen lassen.

Auch die Regierung tut nichts für uns. Sie will den gesetzlichen 8-Stunden-Tag abschaffen. Wir sollen länger arbeiten für das gleiche Geld oder sogar für noch weniger. Zusätzlich plant sie die „Rente mit 70“. Wir sollen arbeiten, bis wir sterben. Das Bürgergeld wird zur sogenannten „Grundsicherung“. Wir sollen also gezwungen sein, auch noch die letzte mies bezahlte Stelle anzutreten, wenn die Bosse unseren Job vernichten. Das Gesundheitssystem wird kaputtgespart und medizinische Versorgung zunehmend zu einem Privileg für Reiche. Das Geld was in den Sozialkassen durch die Sparmaßnahmen fehlt, fließt auch in die Aufrüstung. Unsere Jugend soll wieder für die Profite der Konzerne in den Krieg ziehen. Die Bosse, ihre Regierung und wir? Wir stehen auf verschiedenen Seiten der Barrikade!

Sie wollen auf unseren Kosten ihre Krise überwinden und noch reicher werden. Wir dagegen wollen einen guten Job, soziale Sicherheit und Frieden. Doch das gibt es nicht von selbst. Sich selbst leidtun, auf eine vermeintliche „Alternative für Deutschland“ hoffen oder Bitten und Betteln bei der Regierung hilft nicht. Bessere Politik braucht unseren gewerkschaftlichen und politischen Kampf! Deshalb warten wir nicht, bis uns jemand bittet zu protestieren. Wir fangen damit an!

- Wir diskutieren wieder stärker politisch mit unseren Kolleg:innen vor Ort im Betrieb. „Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?“
- Wir nutzen alle sich uns bietenden Gelegenheiten, um die Bosse und ihre Regierung zu kritisieren. Zukünftig gibt es keine Betriebsversammlung, keine Betriebsratssitzung, keine Gewerkschaftsversammlung ohne politische Diskussion.
- Auch wenn wir zu Beginn wenige oder gar allein sind; wenn wir die Stimme erheben und Haltung zeigen, werden wir mehr werden.
- Sobald wir spüren, dass die Stimmung in unserer Belegschaft reif dafür ist, werden wir im Betrieb und in unserer Stadt Protest organisieren.
- Wir engagieren uns in unserer Gewerkschaft und verlangen so bald wie möglich, Demonstrationen gegen die Gier der Bosse, gegen die Regierung und für eine bessere Zukunft zu organisieren. Bis hin zum Streik. Und wenn die Gewerkschaftsspitzen sich zieren, dann machen wir das selbst.

Nur wenn die Arbeiter in Bewegung kommen, kann das verhindert werden!

Eigentlich weiß jeder, dass die sogenannten „Reformen“ keinerlei Verbesserungen beinhalten. Doch bei einem Teil der Kolleginnen und Kollegen herrscht immer noch die Erwartung vor: „Wenn wir etwas nachgeben, können wir das Ganze retten.“ Doch, wie oben schon erwähnt, ist das ein Trugschluss - für das Kapital und seine Regierung sind diese Angriffe nur die ersten Schritte eines groß angelegten Sozialangriffs.

Doch es gibt in diesem Land auch diejenigen, die erkennen, dass dies nicht der Fall ist, und die versuchen, aktiv zu werden: wie die kämpferischen Gewerkschafter bei Mercedes in Untertürkheim. Bei der Klausurtagung der VKL bei Mercedes Untertürkheim am 19. Juni standen die Diskussionen der letzten Sitzung der Großen Tarifkommission (GTK) sowie die Reformangriffe der Regierung auf der Tagesordnung. Auf der

GTK-Sitzung hatte die IG Metall-Bezirksvorsitzende Barbara Resch auf die Forderung der Untertürkheimer, „als IG Metall etwas gegen die Sozialangriffe zu unternehmen“, geantwortet: „Niemand fragt mich, warum wir nicht auf die Straße gehen.“ Offenbar waren diese Worte von Resch für die Kollegen von Mercedes Untertürkheim der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Auf der Klausurtagung haben die Kollegen daraufhin eine Resolution verfasst, die sie jetzt so weit wie möglich über Branchen hinweg weiterverbreiten wollen. Das soll der erste Schritt zu einer Massenbewegung gegen die Sozialabbau-Pläne der Regierung werden. So ist die Erklärung der Kollegen zu verstehen.

Die unter dem Deckmantel von „Reformen“ geführten Sozialangriffe können nur durch das Eingreifen der breiten Massen verhindert werden. Deshalb stellen wir unseren Leserinnen und Lesern den Brief und die Resolution (siehe Kasten) auch auf unserer

Aktion bei Mercedes-Benz Bremen

Moin Kollegen der Spätschicht! Die Frühschicht empfängt euch heute nicht in voller Stärke: Über 500 Kollegen der Halle 9 haben in der Mittagspause beschlossen, dass unsere Kinder hitzefrei haben und wir uns kümmern müssen. Die Überhitzung liegt an den Forderungen des Vorstands an uns: Wir sollen länger arbeiten und die Löhne sollen gekürzt werden. Zeitgleich wird in der Regierung über Rente mit 70 und weiteren massiven Kürzungen im Bereich Gesundheit, Rente, Bildung,... diskutiert. Nicht mit uns!!! Schickt eure Vertrauensleute zur Versammlung um 13:30 Uhr! Damit auch ihr diskutieren könnt, ob sich Hitzefrei nicht auch für euch lohnt: Bei 36°C auf einem Freitagnachmittag.

Eure Vertrauensleute und Betriebsräte der Halle 9/Mercedes Werk Bremen

Website zum Download bereit und fordern alle auf, diese in ihren Betrieben, auf dem Campus, in den Schulen und Stadtteilen zu verbreiten und ähnliche Beschlüsse fassen.

Die VW-Kollegen haben den ersten Schritt gemacht

Bei einer Betriebsversammlung am 23. Juni im Volkswagen-Werk Kassel, an der 7.000 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen, wurde die Resolution aus Untertürkheim verlesen und von den Beschäftigten mit großer Begeisterung aufgenommen. Die VKL von VW Kassel wird den Text in den kommenden Tagen im gesamten Werk zur Diskussion stellen. ★

Angriffe können abgewehrt werden – Gesetze wurden schonmal zurückgenommen!

Innerhalb der deutschen Gewerkschafts-Vorstände herrscht die einhellige Meinung, dass man gegen Gesetzesvorlagen nur außerhalb der Arbeitszeit protestieren kann und gegen schon beschlossene Gesetze eigentlich nichts mehr machen kann - so wie jetzt bei dem „Gesetz zur Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ – kurz „Grundsicherung“ genannt. Nach deren Meinung kann man nur hoffen, dass die nächste Regierung die entsprechenden Gesetze wieder einkassiert.

Auf keinen Fall soll während der Arbeitszeit gegen gesetzliche Vorlagen protestiert werden - also kein Streik. Denn diese sind „Politische Streiks“ und das wäre in Deutschland verboten.

Politische Streiks sind nicht verboten

Abgesehen davon, dass so ein Verbot in einer Gesetzesform nicht existiert. Es gibt einen Urteilspruch von 1952 durch das Freiburger Landesarbeitsgericht, der als „generelles Verbot politischer Streiks interpretiert“* wird. Man könnte höchstens davon sprechen, dass die politischen Streiks in Deutschland erschwert sind. Das dies so ist, ist auch ein Kompromiss der Gewerkschaftsführungen mit der politischen Ordnung. Das Gericht entschied damals lediglich, dass die damaligen konkreten Zeitungsstreiks rechtswidrig seien, unterstrich aber ausdrücklich, dass sie nicht verfassungswidrig sind: „Sollte durch vorübergehende Arbeitsniederlegung für die Freilassung von Kriegsgefangenen oder gegen hohe Besatzungskosten oder gegen hohe Preise demonstriert werden, dann könnte dieser politische Streik wohl kaum als verfassungswidrig angesehen werden.“

Gesetz zur Kürzung der Lohnfortzahlung wurde mit Streiks verhindert!

Die CDU/CSU-FDP Koalition unter Helmut Kohl wollte die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 100 auf 80 Prozent senken – im September 1996 wurde ein entsprechendes Gesetz im Bundestag beschlossen. Doch als die Unternehmen Mercedes und Siemens ankündigten, die Neuregelung ab Oktober umsetzen zu wollen, entstand eine starke Protestbewegung. Bereits im Sommer hatten 350.000 Menschen in Bonn demonstriert. Und am 1. Oktober traten zuerst die Mercedes Kollegen und noch am gleichen Tag nur etwas später insgesamt 150.000 Kollegen aus den verschiedenen Branchen und Betrieben in den Streik. An diesen politischen Kampf mit Streik wird bewusst nicht mehr erinnert. Kollegen stoppten ein Gesetz mit Arbeitsniederlegungen. Auch heute können wir mit solchen Streiks Gesetzesvorlagen und Gesetze stoppen bzw. zurücknehmen lassen.

SOZIALPROTESTE LAUFEN AN

Der Linkspartei „reicht es“, sie will „Das Leben bezahlbar machen“ und hat deshalb mit anderen Initiativen und Organisationen eine Reihe von Demonstrationen angekündigt. Den Gewerkschaften „reicht es“ auch: Sie haben auch zu einer Reihe von Demonstrationen und Kundgebungen aufgerufen. Bei den Aufrufen der Gewerkschaften findet man Aussagen wie „Nein zum sozialen Kahlschlag – Sozialstaatsretter*innen stehen zusammen!“ (Hamburg), „Schnauze voll! Hände weg vom Sozialstaat!“ (Duisburg), „Basta! Der #Sozialstaat braucht deine Hilfe“ (Köln)

oder wie in Siegen einfach: „Der Sozialstaat braucht uns.“

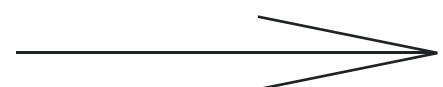
Seit Anfang Juni laufen die Aktionen der Linkspartei gegen die Reformvorhaben der Regierung. Sie ist gegen die Abschaffung des Acht-Stunden-Tages, gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters und Abschaffung diverser Regelungen wie der Altersteilzeit und Sozialkürzungen. Und seit Ende Juni haben auch die Gewerkschaften mit Sozialprotesten angefangen.

Nach Angaben der Veranstalter betragen Teilnehmerzahlen von mehreren hundert bis zu 5000. Insbesondere die Gewerkschaften

rechnen bei ihren Aktionen ab Juli mit mehreren zehntausend Teilnehmern.

Konkrete Forderungen? Fehlanzeige!

Das eigentliche Problem sowohl bei den Aufrufen wie auch bei den Reden auf Kundgebungen ist, dass es an konkreten Forderungen fehlt bzw. diese die Wirklichkeit der sozialen Lage nicht widerspiegelt.



Erst Anfang Juni veröffentlichte der Paritätische Gesamtverband seinen Armutsbericht. Demnach sind 13,3 Millionen Menschen hierzulande von Einkommensarmut betroffen. Die Armutsquote liegt bei 16,1 Prozent. Nach wie vor kämen 24,8 Pro-

Demnach sind 13,3 Millionen Menschen hierzulande von Einkommensarmut betroffen. Die Armutsquote liegt bei 16,1 Prozent.

zent aller 18- bis 24-jährigen, nahezu jeder vierte junge Erwachsene nicht über die Runden. Vor allem sind diese Jugendlichen durch Wohnkosten überbelastet! Mit einer Armutsquote von

30,3 Prozent bei Alleinlebenden und 28,9 Prozent bei Alleinerziehenden ist jeweils rund jede dritte Person betroffen.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamt lebten in Deutschland 2025 rund 6,8 % aller Erwerbstätigen ab 18 Jahren unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze. Überdurchschnittlich betroffen waren Erwerbstätige mit befristeten Arbeitsverträgen (13,9 %) und Teilzeitarbeitende (9,9 %). Aber auch 4,5 % der unbefristet Beschäftigten und 4,6 % der Vollzeitbeschäftigten erzielten ein so geringes Einkommen, dass sie als armutsgefährdet galten. Insgesamt waren erwerbstätige Männer und Frauen gleichermaßen betroffen (je 6,8 %).

Rund 5,1 Millionen Baby-Boomer die in den nächsten Jahren in die Rente gehen werden, werden weniger als 800 Euro pro Monat aus der gesetzlichen Rente bekommen – weil sie insbesondere nach der Agenda 2010 fast ständig in Niedriglohnbereichen gearbeitet haben.

Rentenniveau auf 53 Prozent anheben?

Die Linkspartei unterstützt die Forderung der DGB-Rentenkommission, perspektivisch das Rentenniveau von heute 48 auf 53 Prozent anzuheben.

Sowohl die Gewerkschaften wie auch die Linkspartei finden den Vorschlag der Rentenkommission der Regierung sehr gut, dass die Renten perspektivisch auf 70 Prozent des letzten Gehalts steigen sollen – damit man den Lebensstandard, den man während der Zeit der Beschäftigung aufgebaut hat, auch beibehalten kann.

Nun das hört sich erstmal sehr gut an – jedoch bedeutet das für jemanden der für seine Arbeit nur den Mindestlohn erhält nicht nur „Arm trotz Arbeit“ sondern auch noch „Armut im Alter.“

Stattdessen müssten die Gewerkschaften konkret eine Mindestrenten-Forderung aufstellen.

Laut Statistischem Bundesamt gibt in Deutschland ein durchschnittlicher 1-Personen-Haushalt etwa 1.800€ im Monat für die eigene Lebenshaltung aus. Von diesem Betrag gingen ca. 38% auf das Wohnen wie Miete inklusive Nebenkosten, ca. 14% auf Lebensmittel/Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, ca. 12% auf Verkehrsmittel und Nahverkehr und der Rest für Ausgaben wie Bekleidung, Freizeitaktivitäten, Hobbys, Gesundheit, Information und Kommunikation, Versicherungen und sonstige Konsumausgaben. Also müsste sich die Höhe des Mindestrenten um diesen Betrag drehen.

Haltelinien, rote Linien oder doch nur Rückzugslinien?

Sowohl bei den Reden auf den Kundgebungen wie auch bei den Erklärungen von Gewerkschaftsführern wird ständig von den „Haltelinien“ bzw. „Roten Linien“ gesprochen. Demnach sind diese Linien die Grenze des Vertretbaren. So wird von den Gewerkschaftsführern für die tägliche Höchstarbeitszeit der 8-Stunden-Tag als „die rote Linie“ gesprochen. Jedoch machen die gleichen Gewerkschafter mit Hinweis auf die vielen Ausnahmeregelungen und Flexi-Arbeitsmodelle, dass wen es sein muss, doch länger als 8 Stunden gearbeitet werden darf, diese „Roten Linien“ zu einer Rückzugslinie!

Das gleiche gilt auch für das Renteneintrittsalter: Auf der einen Seite erklärt der IG BCE Vorsitzende Michael Vassiladis, dass man einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf keinen Fall zustimmen werde und im nächsten Satz sagt er, „Alle die gerne wollen, können natürlich auch bis 70 oder länger arbeiten!“

Man könnte die Beispiele wie die Gewerkschaftsführer sich ständig widersprechen bzw. ihre „Haltelinien“ immer wieder neu definieren noch weiter ausführen. Doch darum geht es nicht, es geht um die Sozialproteste, die gerade angefangen haben, es geht um die Forderungen und die roten Linien müssen von der Basis beschlossen werden. Während die Linkspartei versucht, mit diesen Aktionen, die aus der Erosion der SPD entstandene Lücke zu füllen,



versuchen die Gewerkschaftsführungen den Druck aus dem Kessel kontrolliert entweichen zu lassen. Denn in allen privaten und öffentlichen Betrieben erwarten die Kolleginnen und Kollegen, dass ihre Gewerkschaften endlich in die Pötte kommen und dem Kapital und seiner Regierung Paroli bieten. Dass sie für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen bereit sind zu kämpfen, haben die Kolleginnen und Kollegen in den letzten Tarifrunden gezeigt. Sie warten – noch - auf das Signal ihrer Gewerkschaften. Wenn dieses nicht kommt, werden sie die Sache selbst in die Hand nehmen, das haben sie in der Vergangenheit schon gezeigt. ★





ROTE PUNKTE, LEERE HÄNDE

Ein Bericht vom VIVANTIS-Streik

Es ist früher Morgen, der erste Tag vom Opferfest. Am Streikposten vor einer der Vivantes-Töchter treffen sich wie jeden Tag die Kolleginnen und Kollegen, die Wochenlang ihre Arbeit niedergelegt haben. Zwei von ihnen kommen heute etwas später als sonst. Sie haben es vorher angesagt: Sie gehen zum Gebet. Während die Gruppe noch über die letzten Verhandlungsrunden spricht, kommt ein Kollege von der Müllabfuhr dazu. Er sagt, er hat heute auch dafür gebetet, dass sie den Streik gewinnen. Dann hält er seine Hände hoch. Rote Punkte, an den Handflächen, auch an den Füßen. Eine Hautreizung, vermutlich eine Berufskrankheit, entstanden durch jahrelangen Kontakt mit dem, was im Müll steckt, mit Chemikalien, mit der schieren körperlichen Abnutzung dieser Arbeit.

Er erklärt, genau deswegen sei er hier. Nicht nur wegen des Geldes. Er will gesehen werden. Er will, dass jemand anerkennt, dass er seinen Körper für diese Arbeit aufopfert, jeden Tag, mit Händen und Füßen, die das beweisen.

Diese Szene sagt mehr über den Streik bei Vivantes als jede Pressemitteilung. Denn hier zeigt sich, was Arbeitskraft unter dem Kapitalismus tatsächlich bedeutet. Ein Körper, der sich abnutzt, damit ein Krankenhauskonzern funktioniert, und der dafür nicht einmal den Lohn bekommt, der ihm zustehen würde, wäre er direkt beim öffentlichen Dienst angestellt.

An diesem Morgen ist es der 36. Tag des Streiks bei den Vivantes-Tochterunternehmen.

Der Kampf ist noch nicht beendet

Mittlerweile nach 60 Tagen Streik liegt ein Tarifiergebnis für die rund 2.200 Beschäftigten der Tochterfirmen vor. Einen „hart errungenen Kompromiss in schwierigen Zeiten“ nannte ihn die Verhandlungsführerin von Verdi. Die Entgelttabellen werden bis Juli 2031 stufenweise auf 100 Prozent des TVöD-Niveaus angehoben (von bislang 91 bzw. 96 Prozent). Ausserdem werden die Zulagen erhöht und die Arbeitszeit zum 1. Dezember 2030 bei vollem Lohnausgleich auf 38,5 Stunden gesenkt. Die zentrale Forderung der Beschäftigten wurde allerdings nicht umgesetzt und die Ungleichbehandlung der Belegschaft damit nicht gelöst. So enthält die Tarifeinigung weiterhin keine betriebliche Altersversorgung, wie sie für die Beschäftigten des Mutterkonzerns selbstverständlich ist und von den Streikenden mit Nachdruck eingefordert wurde. Damit hält die Landesregierung ihr versprechen die Rückführung der Tochtergesellschaften in den Mutterkonzern umzusetzen nicht ein, denn das hätte die vollständige Gleichstellung der Beschäftigten bedeutet.

„Wir sind stolz auf das Erreichte. Aber unser Kampf für gleiche Arbeitsbedingungen und gegen die Zwei-Klassen-Belegschaft bei Vivantes ist noch nicht beendet.“

(Sporttherapeut und Mitglied der ver.di Tarifkommission)

Wer sich für wen aufopfert

Geschichten wie die vom Kollegen mit den roten Punkten an Händen und Füßen zeigen, worum es bei diesem Streik wirklich geht. Nicht nur um ein paar Euro mehr im Monat, sondern um die Frage, wessen Arbeit als wertvoll gilt und wessen Körper sich unsichtbar verschleissen darf. Es sind oft Arbeiterinnen und Arbeiter mit Migrationsgeschichte oder -erfahrung, die in diesen unterbezahlten Bereichen des Gesundheitssystems arbeiten, dort, wo körperliche Belastung am höchsten und tarifliche Absicherung am schwächsten ist. Ihre Arbeitskraft hält ein öffentliches Krankenhaus aufrecht, das ihnen selbst nicht den gleichen Schutz gewährt, den es ihren direkt angestellten Kolleginnen und Kollegen gibt. Die eigentliche Frage, die dieser Streik aufwirft, lautet, warum ein Gesundheitssystem, das auf der Ausbeutung genau dieser Körper aufgebaut ist, sich noch immer weigert, das anzuerkennen.★

DAS KAPITAL VERSCHÄRFT DEN KLASSENKAMPF VON OBEN

von Clemens Schmied

Wir erleben den umfassendsten Angriff auf soziale Rechte seit der Agenda 2010. Eine Übersicht.

Seit Jahren wird den arbeitenden Menschen erzählt, für soziale Sicherheit sei kein Geld da, „wir“ würden über unsere Verhältnisse leben, die Bevölkerung müsse „den Gürtel enger schnallen“, länger arbeiten, höhere Beiträge zahlen und geringere Leistungen oder Löhne akzeptieren. Gleichzeitig steigen Unternehmensgewinne, Rüstungsausgaben und staatliche Hilfen für Großkonzerne, während der Abbau demokratischer Rechte vorangetrieben wird. Betroffen sind Arbeitszeitrecht, Rentenversicherung, Grundsicherung, gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung sowie die Kinder- und Jugendhilfe, Bildung, Erziehung, Gesundheit und alle Bereiche des menschlichen Daseins. Alles wird der Profitlogik, dem Verwertungszwang und dem Standort untergeordnet. Was die Bundesregierung plant, zeigt eine klare politische Richtung: mehr Flexibilität für Unternehmen, stärkere individuelle Risiken und steigende Belastungen für die arbeitende Klasse. Zusammengefasst erleben wir derzeit den umfassendsten Angriff auf soziale Rechte seit der Agenda 2010, einen erbarungslosen Klassenkampf von oben gegen die werktätigen Massen.

Es handelt sich dabei nicht um einzelne, voneinander unabhängige Maßnahmen. Vielmehr ergibt sich ein Gesamtbild: Der Schutz der Beschäftigten wird geschwächt, die Kosten gesellschaftlicher Krisen werden auf Arbeiter, Angestellte, Erwerbslose, Rentner und Familien abgewälzt, während den Interessen des Kapitals in einem sich verschärfenden internationalen Konkurrenzkampf immer größere Freiräume eröffnet werden.

Achtstundentag – mehr als nur Gesundheit

Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung beim Arbeitszeitrecht. In einem Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales unter SPD-Ministerin Bas wird intern diskutiert, die bisherige tägliche Höchstarbeitszeit zugunsten einer Wochenarbeitszeit aufzuweichen. Offiziell bleibt die europäische Obergrenze bestehen. Tatsächlich könnten dadurch aber Arbeitstage von bis zu 13 Stunden möglich werden. Der Achtstundentag würde damit seine Schutzfunktion weitgehend verlieren.

Der Achtstundentag ist kein Geschenk wohlwollender Unternehmer oder der Regierung gewesen. Er wurde von Generationen der Arbeiterbewegung unter großen Opfern erkämpft. Er entstand aus der Erkenntnis, dass grenzenlose Arbeitszeiten Gesundheit zerstören, Familienleben unmöglich machen und den Menschen vollständig den Anforderungen der Profitproduktion und Ausbeutung unterwerfen.

Nun soll dieser historische Fortschritt wieder zurückgefahren werden.

Zwar soll die Arbeitszeiterfassung künftig elektronisch erfolgen, doch gleichzeitig enthält der Entwurf zahlreiche Ausnahmen und Öffnungsklauseln, so dass vor allem Betriebe ohne Tarifbindung über verschiedene Regelungen längere Arbeitszeiten durch die Hintertür einführen könnten. Selbst individuelle Vereinbarungen ohne Betriebsratszustimmung sollen in bestimmten Fällen ausreichen.

Einschränkungen des Streikrechts, Lockerungen beim Kündigungsschutz, mehr Befristungen und Verschärfungen bei der Arbeitslosenversicherung sind weitere Themen, die diskutiert werden. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger kritisierte den

Entwurf höhnisch „als unzureichend“. Aus Sicht der Kapitalverbände gehen selbst diese Angriffe noch nicht weit genug. Sie verlangen noch größere Freiheiten bei Arbeitszeit und Arbeitsorganisation mit dem Kampfbegriff der „Entbürokratisierung“.

Arbeiten bis zum Umfallen

Auch bei der gesetzlichen Rentenversicherung zeichnet sich ein massiver Angriff ab. Die Rentenkommission der Bundesregierung hat Ende Juni ein Reformpaket vorgestellt, das langfristig erhebliche Verschlechterungen bedeutet.

Im Mittelpunkt steht die Kopplung des Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung. „Die Gesellschaft wird älter, also kann man auch länger arbeiten“ ist die Logik. Was auf den ersten Blick vernünftig erscheint, verschweigt eine entscheidende Tatsache: Nicht alle Menschen profitieren gleichermaßen von einer höheren durchschnittlichen Lebenserwartung.

Wer körperlich schwer arbeitet, Schichtdienst leistet oder jahrzehntelang unter gesundheitsschädlichen Bedingungen beschäftigt war, erreicht das Rentenalter oft gar nicht oder mit erheblichen gesundheitlichen Einschränkungen. Menschen mit niedrigem Einkommen haben zudem statistisch eine geringere Lebenserwartung als Wohlhabende. Für viele Beschäftigte bedeutet ein höheres Rentenalter deshalb nicht mehr Lebenszeit im Ruhestand, sondern schlicht mehr Jahre harter Arbeit oder den Weg in Erwerbsminderung und Altersarmut.

Hinzu kommen weitere Pläne: die Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren, ein erschwelter früherer Renteneintritt für jüngere Generationen, eine Senkung des Rentenniveaus sowie eine Einführung einer kapitalgedeckten Komponente, wodurch Teile der Altersvorsorge den Schwankungen der Finanzmärkte

te ausgesetzt würden, während Banken und Versicherungen frisches Kapital zur Verfügung gestellt wird. Ganz dreist wird es mit geplanten Einschränkungen bei der Hinterbliebenenrente. Bereits heute gelten rund 20 Prozent der Rentnerinnen und Rentner als armutsgefährdet. Auch wenn als Begründung herhalten muss, „die Alten sind zu teuer“, trifft diese Rentenreform vor allem die Jugend. Die Reformen treten schleichweise in Kraft und werden daher die am stärksten treffen, die jetzt beginnen in die Rente einzuzahlen. Sie zahlen jahrzehntelang mehr ein und bekommen am Ende weniger.

Mehr Druck auf Erwerbslose

Mit der „neuen“ Grundsicherung, die bereits Anfang März beschlossen wurde, verschärft sich zugleich der Druck auf Erwerbslose erheblich: Leistungen können künftig bei „Pflichtverletzungen“ vollständig gestrichen werden. Gleichzeitig wird der Zeitraum verkürzt, in dem die tatsächlichen Wohnkosten übernommen werden. Damit wächst das Risiko von Wohnungsverlust und Verdrängung. Auch die Vermögensfreibeträge werden abgesenkt, so dass besonders junge Menschen vorhandene Rücklagen schneller aufbrauchen sollen. Erwerbslose sollen möglichst schnell jede verfügbare Arbeit annehmen – unabhängig davon, ob sie ihrer Qualifikation entspricht oder langfristige Perspektiven bietet. Diese Politik verfolgt ein klares Ziel: Die Drohung mit sozialem Absturz erhöht den Druck auf alle Beschäftigten, schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne hinzunehmen.

Krankheit wird teurer

Auch das Gesundheitssystem bleibt von den Kürzungsplänen nicht verschont. „Die Finanzkommission Gesundheit“ hat 66 Maßnahmen „zur Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung“ vorgeschlagen, die aber vor allem höhere Belastungen für Versicherte und Krankenhauspersonal bedeuten. Im Gesetzesentwurf, der in einem Eilverfahren durch die parlamentarischen Instanzen durchgepeitscht werden soll, sind höhere Zuzahlungen für Medikamente, höhere Eigenanteile bei Krankenhausaufenthalten, Kürzungen bei Heil- und Hilfsmitteln, geringere Zuschüsse beim Zahnersatz und viele weitere Schweinereien vorgesehen. Auch die Krankenhäuser selbst sollen weiter unter Kostendruck geraten. Pflegebudgets könnten gedeckelt und Tarifsteigerungen nicht mehr vollständig refinanziert werden. Besonders alarmierend sind Überlegungen, das psychotherapeutische Angebot

deutlich einzuschränken und Honorare für medizinische Leistungen zu streichen. Die Folgen wären längere Wartezeiten, schlechtere Versorgung und höhere Eigenkosten für Millionen Versicherte.

Pflege wird noch teurer

Auch in der Pflegeversicherung werden höhere Beiträge und geringere Leistungen diskutiert. Kinderlose sollen höhere Beiträge zahlen, gleichzeitig sollen Leistungen insbesondere im Pflegegrad 1 gekürzt werden. Die Anpassung der Leistungen an die Inflation soll zudem erst später erfolgen, wodurch ihre reale Kaufkraft weiter sinken würde. Schon heute liegen die Eigenanteile vieler Pflegeheimbewohner bei weit über 3.000 Euro monatlich. Weitere Kürzungen würden Pflegebedürftigkeit noch stärker zu einem Armutsrisiko machen.

Sozialabbau bei Kindern und Familien

Auch die Kinder- und Jugendhilfe soll grundlegend umgebaut werden. Geplant ist eine stärkere Verlagerung weg von individuellen Rechtsansprüchen hin zu allgemeinen Angeboten. Leistungen würden damit zunehmend von der Finanzlage der Kommunen abhängen. Betroffen wären insbesondere die Hilfen zur Erziehung sowie persönliche Assistenzleistungen in Schulen und Kindertagesstätten. Rund 1,1 Millionen Menschen nutzen Hilfen zur Erziehung. Hunderttausende Kinder könnten Einschränkungen bei Assistenzleistungen erfahren. Einschließlich ihrer Familien wären bis zu zwei Millionen Menschen betroffen. Gerade diejenigen, die ohnehin auf Unterstützung angewiesen sind, sollen künftig mit weniger verbindlichen Ansprüchen auskommen.

Ein Programm zugunsten des Kapitals

Jede einzelne dieser Maßnahmen mag für sich betrachtet als notwendige Reform verkauft werden. Erst ihre Gesamtheit zeigt ihren eigentlichen Charakter: länger arbeiten, höhere Belastungen tragen, geringere soziale Absicherung, mehr Druck auf Erwerbslose, steigende Eigenkosten bei Krankheit und Pflege, schwächere Schutzrechte am Arbeitsplatz. Es ist quasi eine Verschärfung des Klassenkampfes von oben! Während Beschäftigte immer größere Lasten schultern sollen, werden den Unternehmen zusätzliche Freiheiten eingeräumt, längere Arbeitszeiten und noch weniger Schutzrechte sind in Planung. Die sozialen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte geraten damit zunehmend unter Beschuss.

Gegenwehr organisieren

Die Geschichte zeigt jedoch ebenso: Keine der sozialen Errungenschaften der Arbeiter wurde freiwillig gewährt. Der Achtstundentag, Rente, Mitbestimmung, Tarifverträge, Sozialversicherung, Arbeits- oder Kündigungsschutz wurden in jahrzehntelangen Kämpfen durchgesetzt.



Protest gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 64 in Frankreich

Ebenso werden sie nur bestehen bleiben, wenn sich Beschäftigte, Gewerkschaften, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner sowie die Jugend gemeinsam gegen diesen Generalangriff auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen. Denn hinter den einzelnen Reformen steht eine grundsätzliche politische Entscheidung: Während der gesellschaftliche Reichtum wächst, sollen diejenigen, die sie schaffen, einen immer kleineren Anteil davon erhalten. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und eine starke Organisation der arbeitenden Menschen. Nur so lassen sich soziale Rechte verteidigen und neue Fortschritte erkämpfen.



ES GAB NIE EINE BRANDMAUER

Wenn es um die Interessen des deutschen Kapitals geht, hat es noch nie eine Brandmauer gegeben. von **Adrian Falk**

Die AfD ist seit Jahren nicht mehr aus der deutschen Parteienlandschaft wegzudenken. Während sie es in den letzten Jahren geschafft hat, innerhalb der Jugend und werktätigen Massen große Sympathien zu gewinnen, ist sie Anwärter darauf, nach den Wahlen im September in Sachsen-Anhalt den ersten AfD-Ministerpräsidenten zu stellen. Gleichzeitig erreicht die AfD in Umfragen auf Bundesebene Rekordwerte und geht regelmäßig als stärkste Kraft hervor. Rein mathematisch wird sie also in zukünftigen Koalitionsgesprächen und Abstimmungen in Parlamenten eine größere Rolle spielen, als sie das jetzt bereits tut. Demgegenüber wird die Brandmauer beschworen: Die AfD müsse nur weiter isoliert werden und die demokratische Mitte, zu der, wenn es ihr gerade passt, auch die CDU gehört, müsse zusammenhalten, um die Demokratie in Deutschland zu schützen. Entsprechend groß war der Aufschrei, als der Lobbyverband „Die Familienunternehmer“ rund um Deichmann, Dr. Oetker und Co einen offeneren Austausch mit der AfD angekündigt hatte, um nach öffentlichem Druck einen Rückzieher zu machen – vorerst. Auch die Versuche der CDU, mit der AfD bei Abstimmungen gemeinsame Sache zu machen, führten zu großen Protesten. Doch wäre eine Zusammenarbeit mit der AfD, zum Beispiel von Seiten der CDU, überhaupt ein Dammbruch oder nicht viel eher logische Konsequenz einer bereits bestehenden Zusammenarbeit?

Gute Verbindungen in die Wirtschaft

Fakt ist, dass allein im Bundestag über 27.000 Namen im Lobbyregister geführt werden. Rein rechnerisch kommen auf jeden Abgeordneten also bis zu 40 Lobbyisten, die die Interessen des deutschen Kapitals in den Bundestag tragen, wenn die Politiker es nicht selbst bereits tun. Wenn nun 1 und 1 zusammengezählt wird, sollten bereits auf dieser oberflächlichen Ebene erste Zweifel am Bild der von der Wirtschaft isolierten AfD aufkommen. Auch die Tatsache, dass die AfD im Jahr 2025 hinter der CDU die Partei mit den größten Großspenden wurde, lässt auf Unterstützung aus den Reihen der Wohlhabenden schließen. Bereits in den Medien hatten die Spendenskandale für Aufsehen gesorgt, bei denen die Parteispenden teilweise über Strohmänner gelaufen sind, um die eigentlichen Geldgeber geheim zu halten. Tatsächlich kamen die teilweise illegalen Spenden unter anderem von Henning Conle und Udo Böttcher, zwei Multimillionäre, die regelmäßig AfD Inhalte verbreiten und sich im Umfeld der Partei bewegen. Allerdings beherrscht hier die Berichterstattung das Bild von einzelnen Ausnahmen, wobei die Gründe für die Unterstützung auf eine ideologische Nähe an die Inhalte der AfD reduziert werden. Ökonomische Interessen, die durch das arbeiterfeindliche Programm der Partei erfüllt werden könnten, werden dabei ausgeblendet. Aber genau über diese ökonomischen Interessen muss die Frage nach der sogenannten Brandmauer beantwortet werden.

War der Vorstoß der Familienunternehmer eine Neuheit?

Als die AfD sich 2013 offiziell gründete stach sie während der Eurokrise mit einer breiten Anti-EU Haltung hervor und konnte innerhalb kürzester Zeit große Erfolge verzeichnen und schon bei der Bundestagswahl 2017 12,6% der Stimmen für sich gewinnen. Bereits bei ihrer Gründung, als die Brandmauer noch gar nicht erst ausgerufen werden musste, bestanden breite Netzwerke in zivilgesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Strukturen. Während von Beginn an wichtige Personen der Partei vor allem aus den Reihen der CDU und FDP stammten, unter anderem Alexander Gauland, kamen auch Personen aus der Wirtschaft, wie der ehemalige Industrieverbandschef Hans-Olaf Henkel hinzu. Grundsätzlich hat die AfD nie bei „null“ angefangen, sondern ging hervor aus den Kreisen des Bundes Freier Bürger, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, dem von Beatrix von Storch initiierten Kampagnennetzwerks Zivile Koalition (betreibt heute beispielsweise abgewordnetenwatch.de) und der Hayek-Gesellschaft. Vor allem letztere soll hier noch einmal genauer unter die Lupe genommen werden:

Die Hayek-Gesellschaft besteht bereits seit 1998 und hält in seinem Statut fest: „Die Gesellschaft bezweckt die Förderung der wirtschafts-, rechts- und gesellschaftswissenschaftlichen Forschung und Erkenntnis im Geiste Friedrich A. von Hayeks sowie deren Verbreitung.“ Ein Vordenker des Neoliberalismus, enger Vertrauter und Berater von Staatsoberhäuptern, wie Margaret Thatcher oder Ronald Reagan, reiste zu Lebzeiten sogar nach Chile, um den von den USA installierten August Pinochet in der Unterdrückung des chilenischen Volkes beiseitezustehen. Ein gestandener Vertreter der Interessen der bürgerlichen Klasse und ihrer imperialistischen Machenschaften also. Um das Bild der Hayek-Gesellschaft zu vervollständigen, lohnt es sich einige (teilweise ehemalige) Mitglieder aufzuzählen: Ex-FDP-Chef Christian Lindner, Ex-Verfassungsschutzpräsident Hans Georg Maaßen, AfD Chefin Alice Weidel, Beatrix von Storch und diverse CDU-Politiker, vor allem aus dem Wirtschaftsrat der Partei. Ergänzt wird die Mitgliederliste von diversen Leitern von Forschungsinstituten, wie dem Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW), Autoren, Klimawandelleugnern und Trump-Fans, Vertretern von Arbeitgeberverbänden, wie dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Journalisten der FAZ oder der Welt. Auch erwähnenswert die personellen Überschneidungen mit der rechtskonservativen Denkfabrik „Republik21“, zu der bekannte Namen wie Susanne Schröter oder Ahmad Mansour gehören. Und besonders interessant: FDP-Mitglied Marie-Christine Ostermann, die gleichzeitig die Vorsitzende des Lobbyverbandes „Die Familienunternehmen“ ist. Eine Erklärung für die versuchte Offensive des Lobbyverbandes?

Es gehört zusammen, was zusammengehört

Dass die sogenannte Brandmauer eine Farce ist, sieht man nicht nur an den personellen Überschneidungen und Verstrickungen in Lobbyverbänden und Think Tanks. Eine Brandmauer auszurufen zu müssen legt bereits offen, dass die Möglichkeit der Zusammenarbeit aufgrund gemeinsamer Inhalte und Interessen überhaupt erst besteht. Andernfalls wäre ein entgegengesetztes Parteiprogramm Brandmauer genug, das eine Zusammenarbeit von vornherein verunmöglichen würde. Und die gemeinsamen Interessen etablierter Parteien mit der AfD äußern sich immer wieder in Versuchen, die Zusammenarbeit zu stärken, wenn es um

Dass die sogenannte Brandmauer eine Farce ist, sieht man nicht nur an den personellen Überschneidungen und Verstrickungen in Lobbyverbänden und Think Tanks.

Migration, Sozialstaatsabbau oder Steuererleichterungen für die Reichen geht. Das vielleicht bekannteste Beispiel war der Antrag „5-Punkte-Plan“ Anfang 2025, der dank der gemeinsamen Stimmabgabe von AfD, FDP und CDU für einen härteren Kurs in der Migrationspolitik eine Mehrheit bekam. Das Gesetz scheiterte erst, nachdem hunderttausende Menschen auf die Straße gingen und Teile der FDP unter Druck dem Gesetzesentwurf nicht zustimmten. Aber auch die Wahl von FDP-Politiker Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen gegen Bodo Ramelow von den Linken konnte erst durch das Bündnis zwischen CDU, FDP und AfD gelingen. Nach öffentlichem Druck zog sich Kemmerich zwei Tage später zurück und der Vorstoß scheiterte. Auch auf europäischer Ebene gibt es

bereits bekannte Beispiele für die Zusammenarbeit mit der AfD. Das vielleicht bekannteste sind gemeinsame Chatverläufe der AfD und der Europäischen Volksparteien, zu denen auch CDU/CSU gehören, in denen ein Gesetzesvorschlag zur Verschärfung der Migrationspolitik ausgearbeitet wurde. Auch wenn sich Merz und Söder davon distanzieren, wurde der Entwurf angenommen und somit den Rückführungszentren in Drittstaaten zugestimmt. Trotz des wiederkehrenden öffentlichen Drucks werden die Stimmen in den Reihen der CDU lauter, die die Zusammenarbeit mit der AfD befürworten oder auch mit „da ist doch nichts dabei“ relativieren. Diese Entwicklungen sind nicht zufällig, sondern logische Konsequenz der Netzwerke hinter den Parteien.

Alle Wege führen zur AfD

Wir erleben in Deutschland den größten Generalangriff auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen seit der Agenda2010, um die Profite des deutschen Kapitals zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konzerne zu steigern. Eine Phase, in der aggressiver nach unten getreten werden muss, um die Bedürfnisse des Kapitals nach günstigerer Arbeitskraft, ausgehöhltm Sozialstaat und Militarisierung zu erfüllen. Dass diese Phase von einem rassistischen Klima geprägt und bei jeder Gelegenheit Migranten, Arbeitslose usw... als Sündenböcke herhalten müssen ist kein Zufall, sondern notwendige Spaltung der werktätigen Massen, um eine Organisation für die eigenen Interessen möglichst zu verhindern und durch Förderung von Nationalismus und Rassismus Teile der Arbeiterklasse für die Politik des Kapitals zu gewinnen. Während die AfD also durch diese Politik genährt wurde und aufgestiegen ist, wird sie gleichzeitig auch immer mehr zur Voraussetzung für den Erhalt dieser Politik. Auch wenn heute noch nicht genau gesagt werden kann, wie die nächsten Bundestagswahlen ausgehen und wie sich die Zusammenarbeit welcher Partei in welche Richtung entwickelt, gibt es bestimmte Tendenzen, die es wahrzunehmen lohnt. Die Zusammensetzung der Hayek-Gesellschaft oder der Vorstoß der Familienunternehmer zeigen sehr gut auf, wie sich Teile des deutschen Kapitals schon lange an die Partei angenähert haben. Auch die AfD selbst bereitet sich trotz ihres „Anti-Establishment-Gesichts“ auf mehr Verantwortung vor und bietet sich dem deutschen Kapital an. Ein sehr gutes Beispiel hierfür ist die Position der AfD zur EU. Während sie mit einer radikalen „Raus aus der EU“-Forderung bekannt wurde, fordert sie heute einen Umbau der EU im Sinne Deutschlands. Auch wenn nicht genau definiert wird, was das bedeutet, zeigt sie sich offen dafür, ihr Parteiprogramm stärker den Bedürfnissen des deutschen Kapitals anzupassen, dass von einer von Deutschland angeführten EU profitiert. Auch die regelmäßigen Vorstöße von vor allem der CDU, mit der AfD zusammenzuarbeiten, müssen als Versuche verstanden werden, diese Koalition zu normalisieren und in Zukunft offener und direkter gemeinsame Sache zu machen.

Die AfD ist also weder Gefahr für die bürgerliche Demokratie noch umgeben von einer Brandmauer. Sie ist vielmehr ein noch fertig zu schleifendes Instrument des deutschen Kapitals, das bei Bedarf noch mehr Repression, Angriffe auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen und Verbreitung von reaktionären Ideen bedeutet. ★



Mit „revolutionärer Freundlichkeit“ Die Linke auf dem Weg zur „sozialistischen Volkspartei“?



Pünktlich zum Sommerbeginn fand der 10. Parteitag der Linkspartei vom 19. bis zum 21. Juni in der Metropolis-Halle statt.

Der Potsdamer Parteitag stand unter dem Motto „Es reicht! Das Leben bezahlbar machen.“ Drei Tage lang wurde über Krieg, Imperialismus, Faschismus und über mögliche Antworten des Widerstandes gestritten und debattiert. Die Linke wollte mit diesem Parteitag ein Zeichen setzen und sich auf einen „heißen Sommer“ des Widerstands und der Hoffnung vorbereiten. Steht die Linkspartei kurz davor, eine wirkliche revolutionäre und klassenkämpferische Partei zu werden? Wird sie, wie ihre Parteivorsitzende verlautbaren ließ, den „Klassenkampf von unten“ konsequent organisieren?

Palästina-Antrag als neuer antiimperialistischer Kurs?

Im Vorfeld des Parteitages wurde die Frage nach einer klaren Positionierung der Linkspartei zum israelischen Vorgehen in Gaza immer wieder aufgeworfen. Die Linke Niedersachsen verabschiedete etwa drei Monate vor Potsdam einen Antizionismus-Beschluss, in welchem sie den heutigen politischen Zionismus „als einen wesentlichen Hinderungsgrund für eine friedliche Zukunft für alle Menschen in der Region“ ansieht. Der Beschluss löste im Anschluss erneute Debatten über Antisemitismus in der Linkspartei auf. Nicht nur von außen wurde die Kritik laut. Auch Parteiälteste wie Gregor Gysi meldeten sich zu Wort und bekundeten ihre Sorge vor einem massiven und drohenden Antisemitismus, der schließlich auch mit dem Eintritt von Menschen mit „spezifischem Migrationshintergrund“ einen neuen Nährboden gewinnen würde.

Auch der alte Vorsitz unter Ines Schwerdtner und Jan van Aken lehnte den Beschluss der Niedersächse Landespartei in einem Debattenpapier ab. Die Parole „Nein zum Zionismus“ würde von einigen Personen als „Chiffre“ verwendet werden, die eigentlich „Nein zum Existenzrecht Israels“ meinten. Schwerdtner und van Aken bedienen sich hierbei einer Schlussfolgerung, die Kritik an der israelischen Regierung damit gleichsetzt, dem israelisch-jüdischen Volk das Selbstbestimmungsrecht abzusprechen. Gleichzeitig begründet das alte Duo ihren Debattenvorstoß mit dem Verweis, „als demokratische[n] Partei (...) möglichst vielfältige Sichtweisen in einen Beschluss mit einzubeziehen“. Deshalb seien mit „Anträgen, die die Grundfesten unserer Partei in Frage stellen, keine Kompromisse“ zu machen.

Der Palästina-Antrag, der am ersten Tag des Potsdamer Parteitags beschlossen wurde, stellte jedoch nach Aussagen des Parteivorstandes selbst einen solchen ‚Kompromiss‘ dar. Die Linke schließt sich nun offiziell den Bewertungen zahlreicher Menschenrechts-

organisationen an und bezeichnet das Vorgehen der israelischen Armee im Gazastreifen als Völkermord. Der Antrag ist an sich genommen ein Fortschritt innerhalb der Linkspartei, die seit dem Krieg gegen Gaza keine klare Verurteilung des israelischen Vorgehens fand. Vor dem Hintergrund der breiten pro-palästinensischen Proteste auf den Straßen Deutschlands und Europas in den letzten drei Jahren, bleibt die Bekenntnis der Linken jedoch ein recht risikoarmes Unterfangen, trotz harscher Kritik von unterschiedlichen Seiten im Vorfeld des Parteitages.

Der eigentliche Kompromiss lag weniger an dem Inhalt des Beschlusses selbst als vielmehr in der Tatsache, dass am letzten Tag in Potsdam ein weiterer Antrag zur Abstimmung stand. Die pro-israelische und antideutsche BAG Shalom brachte einen Antrag mit dem Titel „Nie wieder“ ein, der insbesondere den gestiegenen Antisemitismus in Deutschland thematisierte. Da bereits im Palästina-Antrag an zahlreichen Stellen eine Kritik am Antisemitismus existierte, wirkte der Antrag von BAG Shalom umso mehr wie ein Rechtfertigungszwang der Linkspartei, beweisen zu müssen, wirklich nicht antisemitisch zu sein. Dass man das israelische Vorgehen gegen die palästinensische Bevölkerung für einen Genozid hält, braucht scheinbar immer eine Rückversicherung. Jan van Aken war dabei die lauteste Stimme in der Fürsprache, den Antrag an jenem Sonntag so schnell wie möglich zu beschließen, um ja nicht den Kompromiss innerhalb der Partei zu gefährden.

Dass der Palästina-Antrag trotz antideutscher Gegenwehr durchkam, ist auch einer doppelten Konzession geschuldet. Einerseits ist der Antrag nicht nur verspätet, sondern auch in einem Kontext entstanden, in welchem nicht wenig Wähler in Deutschland eine fehlende Haltung abstrafen würden. Andererseits entsteht in der Partei aufgrund ihres Zuwachses durch junge und durch der Palästina-Solidarität politisierte Mitglieder ein größeres Gewicht pro-palästinensischer Kräfte, vor denen Gysi, wie weiter oben angeschnitten, ja noch warnte!

Auch wenn es einen inhaltlichen Schritt nach vorne gibt, was Palästina angeht, fehlt eine wirklich konsequente Kritik am deutschen Imperialismus im Leitantrag. Zwar wird die Militarisierung der EU kritisiert. Doch wird die EU als wichtigster Hebel des deutschen Imperialismus nur indirekt als imperialistischer Akteur bezeichnet. Der Glaube, dass die EU eine „Friedensmacht“ werden könne, wird mehrmals im beschlossenen Leitantrag betont. Die EU müsse sich zum „globalen Süden“ hinwenden und der „Multilateralismus“ müsse das Ziel sein. So weicht auch die Vision der Links-

partei immer weniger von der Vision des deutschen Imperialismus ab. Multilaterale Handelspartnerschaften und entsprechende Bündnisse nützen schließlich auch dem deutschen Imperialismus, der sich immer mehr von seinen imperialistischen Konkurrenten zu emanzipieren versucht.

Regieren ja, regieren nein?

Einen weiteren Konfliktpunkt stellte die Frage nach Regierungsbeteiligungen dar. Bei den bevorstehenden Wahlen in Ostdeutschland im Herbst wird insbesondere von den Ostverbänden die Position vertreten, dass man über Kooperationen oder gar Koalitionen mit der CDU nachdenken müsse, um AfD-Regierungen zu verhindern. Andererseits käme das Aufweichen einer strikten Abgrenzung zur CDU einer politischen Unterstützung der CDU gleich und schwäche insgesamt das Profil der Linken.

Die Frage nach „Brandmauer ja oder Brandmauer nein?“ ist aufgrund der Ostwahlen keine theoretische, sondern eine Frage danach, ob die Linkspartei zu einem grundsätzlicheren, in ihrem Selbstverständnis angelegtem Profil einer Regierungspartei gelangt. Der neue Co-Vorsitzende Luigi Pantisano wickelte bei seiner Kandidatur zum Vorsitz der Frage aus, wie er sich bzgl. zukünftiger Regierungskoalitionen entscheiden würde. Der Verweis auf die Entscheidungshoheit der Landesverbände blieb unglaubwürdig. Erst kurz zuvor hatte Pantisano eine Regierungskoalition mit der CDU nicht ausgeschlossen, um nur etwas später die CDU als faschistisch zu bezeichnen. Die scheinbare Beliebigkeit und das Ausweichen wurden durch die Delegierten in Potsdam bestraft. Pantisano erhielt nur ca. 53 Prozent der Stimmen. Schwerdtner hingegen wurde mit 86 Prozent als Co-Vorsitzende bestätigt.

Ist die AfD faschistisch?

Pantisanos Unklarheit sind dabei kein individuelles Problem. Innerhalb der Linkspartei werden seit geraumer Zeit Debatten über den Kampf gegen den Faschismus und gegen die AfD geführt, die oft nicht benennen, was nun Faschismus eigentlich überhaupt sei und ob die AfD oder gar die CDU – mit dem Verweis auf ein derartiges Verständnis – überhaupt faschistische Parteien sind. Die Prämisse hinter derartigen Diskussion und Sätzen wie „man müsse die AfD von Schalthebeln der Macht fernhalten“ suggeriert, dass durch eine AfD-Regierung plötzlich Faschismus hereinbreche.

Das diffuse Verständnis und ein damit einhergehendes Fehlen einer konsistenten und materialistischen Faschismusanalyse kam nur eine Woche vor dem Potsdamer Parteitag auf dem SDS-Kongress ‚Take Back the Future‘ zum Ausdruck. Der von Marx21 und dem Jacobin-Magazin mitorganisierte Kongress hat neben Imperialismus, Krieg und Sozialabbau auch die Frage aufgeworfen, wie man erfolgreich gegen Faschismus kämpfen könne. Nur war über den gesamten Kongress hinweg nie wirklich klar, was Faschismus für die heutige Linke und für die mit ihr assoziierten Strömungen überhaupt sein soll. So sprach The Dig-Podcaster Daniel Denvir von der sogenannten fascist identity und erweckte damit den Eindruck, dass Faschismus eher eine politische Einstellung sei, weniger eine gezielte Strategie der herrschenden Klasse. Diese Logik nutzte Denvir u.a. um die USA als faschistisch zu charakterisieren.

Dabei ist die Diffusität der Faschismusanalyse nicht zufällig. Sie ist vielmehr darauf zurückzuführen, dass Faschismus nicht als bewusste Strategie des Finanzkapitals betrachtet wird, um einen verschärften und nicht mehr innerhalb des Rahmens der bürgerlich-liberalen Hülle im Zaum zu haltenden Klassenkampf mit den repressivsten Mitteln von oben zu unterdrücken. Um jedoch dieses Verständnis zu entwickeln, bedarf es eines Begriffs von Klasse.

Wessen Partei?

Die Linkspartei war im Zuge der letzten Bundestagswahlen mit dem Ziel angetreten, sich zu einer „organisierenden Klassenpartei“ zu wandeln. Sie wollte nun eine weitere Steigung hinlegen, indem sie das Ziel ausgab, eine „sozialistische Volkspartei“ werden zu wollen. Jan van Aken hat als scheidender Vorsitzender in seiner Abschiedsrede von einer Verdopplung der Stimmen bei der nächsten Bundestagswahl geschwärmt. Das Gefühl, dass sich etwas Grundlegendes in diesem Land durch eine stärkere Linkspartei ändern würde, war der Grundtenor des gesamten Parteitags. Auch Schwerdtner sprach von einem „Klassenkampf von unten“.

Doch wirklich klar wurde nicht, was eine Klassenpartei sein soll und ob die Linke sich tatsächlich auf dem Weg dorthin befindet. Zwar wurde über Erfolge gesprochen, Menschen durch Stadteilerberatungen und Haustürwahlkämpfe zu erreichen, um ihnen zu zeigen, dass die Linke auf ihrer Seite steht. Doch wurden keine nennenswerten Erfahrungen auf dem Parteitag geteilt, die eine kritische Bewertung der eigenen Verankerung innerhalb der Arbeiterklasse bedurft hätten. Es bleibt daher insgesamt infrage zu stellen, wie sehr die Linke überhaupt derartige Erfahrungen schaffen konnte.

Im Gegenteil führten die Aussagen von Schwerdtner, van Aken und Pantisano eher zu noch mehr Verwirrung. Einerseits wird von einer „Klassenpartei“ gesprochen. Diese „Klassenpartei“ solle ein „Steinhaus“ bauen, in dem jeder willkommen ist. Pantisano hatte in seiner ersten Rede als Parteivorsitzender bekräftigt, wie wichtig es ihm sei, sich für die Arbeiter einzusetzen. Daraufhin verkündete er die Einrichtung einer Hotline, die Arbeiter nutzen könnten, um von Pantisano Hilfe und Rat zu erhalten. D.h. der Dienstleistungscharakter als Kümmerer-Partei wird gleichzeitig weiter befeuert. Und um die Verwirrung noch auf die Spitze zu treiben, führt van Aken den Begriff der „sozialistischen Volkspartei“ ein. Diese Partei, so könnte man vermuten, solle den Sozialismus erkämpfen, aber gleichzeitig nicht in aller erster Linie eine Partei der Arbeiterklasse sein. Wenn sie nämlich eine Partei der Arbeiterklasse wäre, so bräuhete sie nicht auf das Selbstverständnis einer Volkspartei auszuweichen.

Die Linke auf dem Weg zum Sozialismus?

Der Optimismus und die Aufbruchsstimmung als Grundstimmung unterfüttern den Glauben, dass mit der Linkspartei irgendwann der Sozialismus kommen und gelingen könne. Und je weniger Anzeichen und Argumente es gibt, die genau diesen Glauben untermauern, muss der Glaube besonders oft bekräftigt werden. Der an Personenkult grenzende Abschied des Erlösers van Aken, die Predigt Schwerdtners über den „Sozialismus, der in uns allen steckt“ oder die klug inszenierte Bühnen- und Lichtershow erzeugen und nähren die unerschütterliche Hoffnung einer Rettung durch die Linkspartei.

Der Kompromiss eines längst fälligen Beschlusses zu Palästina, eine verkürzte Debatte über Regierungsbeteiligungen und eine bleibende Unklarheit darüber, welche Bedeutung die Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus einnimmt und welche Rolle eine wirklich revolutionäre Partei spielen muss, zeigen eines sehr deutlich: Die Linke hat keine konkrete Perspektive im Kampf für eine andere Gesellschaft zu bieten. Dass so viele neue Menschen, die in die Linkspartei eingetreten sind, die Debatten vertiefen wollten, die der Parteivorstand schnell wieder einzuhegen versuchte, zeigt, dass die nächste Enttäuschung nur eine Frage der Zeit ist. ★

DIE ZEITENWENDE IN UNSEREN KÖPFEN

WIE DIE ZUSTIMMUNG ZUR AUFRÜSTUNG HERGESTELLT WIRD

von Ben Bothe

Die Zustimmung zur Aufrüstung ist kein Zufall: Ein enges Netzwerk aus Politik, Militär, Think-Tanks, Medien und Bildung arbeitet daran, Krieg und Militarisierung gesellschaftlich zu normalisieren.

Es ist angemessen, dass die NATO-Mitglieder 5 % ihres Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung und Sicherheit investieren – dieser Aussage stimmten laut der Forschungsgruppe Wahlen letztes Jahr rund 65 % der Befragten zu. Das zeigt uns, dass auch ein großer Teil der Arbeiterklasse hinter der Aufrüstung steht. Doch das war nicht immer so: Manch einer mag sich noch an die Proteste gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung von Mittelstreckenraketen in den 80ern oder gegen die Wiederbewaffnung der Bundeswehr in den 50ern erinnern, die jeweils Hunderttausende auf die Straßen trieben. Und auch in jüngerer Vergangenheit blieb die Zustimmung zur Aufrüstung auf sehr geringem Niveau. So sprachen sich beispielsweise 2013 lediglich 19 % der Befragten für eine Erhöhung der Rüstungsausgaben aus. Die rasant steigende Zustimmung zur Aufrüstung ist Ergebnis von Narrativen und Ideologien, die gezielt produziert und über ein dichtes Netz aus Politik, Militär, Think-Tanks, Medien und Bildungseinrichtungen in die Gesellschaft getragen werden.

Die Produzenten der Zeitenwende

Eine zentrale Rolle für die „geistige Zeitenwende“ spielen sogenannte Think-Tanks oder sicherheitspolitische „Forschungsinstitute“. Ihre Aufgabe besteht darin, das gesellschaftliche Bewusstsein zu analysieren, Erzählungen und dazugehörige Strategien



„politischer Kommunikation“ zu entwickeln und somit die Zustimmung zur Kriegsvorbereitung auszubauen.

Eine der aktivsten Denkfabriken in diesem Feld ist das Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK). Das ISPK erforscht unter anderem militärische Strategien, wie zum Beispiel zur Aufstandsbekämpfung und zum State-Building in Afghanistan, direkt für die Bundeswehr und die NATO. Von besonderem Interesse ist aber die Marinestrategie in der Ostsee, die bei einem Krieg mit Russland zu einem zentralen Schlachtfeld werden könnte. Zur Diskussion dieser Strategien versammelt das ISPK jedes Jahr während der Kieler Woche hochrangige Vertreter aus Militär, Politik, Rüstungsindustrie und Medien. Zu den Teilnehmenden gehören unter anderem Außenminister Johann Wadephul, die dänische Botschafterin, Admiräle aus der gesamten NATO sowie der Deutschland-Korrespondent der „Times“. Bereits hier wird deutlich, welche Rolle solche Institute bei der Vernetzung der unterschiedlichen Akteure der Aufrüstung spielen.

Vergangenes Jahr veröffentlichte das Institut den Sammelband „Die Zeitenwende – sicherheitspolitischer Kulturwandel in der Bundesrepublik Deutschland? Implikationen einer Normalisierung auf Bundeswehr und Gesellschaft“. Unter diesem Titel diskutieren neben Wissenschaftlern und Militärs auch Politiker von CDU, FDP, SPD und Grünen darüber, wie die Normalisierung von Bundeswehr, Aufrüstung und Krieg vorangetrieben werden kann. Bereits in der Einleitung heißt es:

„Ergänzend zur materiellen Ausrüstung der Streitkräfte stellt sich im Hinblick auf eine ‚Kriegstüchtigkeit‘ Deutschlands insbesondere die Frage nach der gesellschaftlichen Akzeptanz der deutschen Streitkräfte. Was ist hier auch an strategischer Kommunikation notwendig?“

Dieses instrumentelle Verhältnis zur Kriegspropaganda wird noch deutlicher, wenn es im Beitrag des Militärhistorikers Sönke Neitzel heißt: „Die Bevölkerung ist bereit zu kämpfen und persönliche Einschränkungen hinzunehmen, wenn man ihr erklärt, wozu das nötig ist“. In diesem Sinne überrascht es kaum, dass Neitzel zu den bekanntesten Gesichtern gehört, die in Talkshows, Interviews für Nachrichtensendungen oder Gastbeiträgen in bürgerlichen Zeitungen eine Ausweitung von Militarisierung und Waffenlieferungen propagieren. Dabei verweist er häufiger auf den geheimen Bericht des deutschen Auslandsgeheimdienstes BND, nach dem Russland bereits 2029 bereit wäre, die NATO anzugreifen. Auch die Forschenden des ISPK tauchen immer wieder als vermeintlich „neutrale Experten“ in bürgerlichen Medien auf und propagieren dort zum Beispiel die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen – man fühlt sich an die „Pershing II“ in den 80ern erinnert, nur dass heute der breite gesellschaftliche Protest dagegen fehlt.

Das mag auch daran liegen, dass man einen wichtigen Teil der damaligen Friedensbewegung heute zur Avantgarde der Militarisierung zählen kann: Die Grünen hätten einen „schmerzhaften Erfahrungs- und Lernprozess“ durchmachen müssen, um zu ihrer heutigen Position pro Aufrüstung und Krieg zu kommen, schreibt Sara Nanni, die sicherheitspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, in einem weiteren Beitrag. Indem sie den Gründungsmitgliedern ihrer Partei einen naiven Pazifismus vorwirft, aus dem ihre Partei nun endlich „aufgewacht“ sei, will sie ihre Partei als endlich in der „sicherheitspolitischen Wirklichkeit“ angekommen wissen. So sei es dieser Pragmatismus, der zum schmerzhaften Verrat an ihren friedensbewegten Idealen geführt habe, welcher sich jetzt schon über die Zustimmung zu Luftschlägen im Kosovo und den Bundeswehreinsatz in Afghanistan bis hin zu

den heutigen Kriegsvorbereitungen erstreckt. Ein Paradebeispiel dafür, wie die Integration in den bürgerlichen Regierungsapparat zur Herstellung der Kriegstüchtigkeit auch in ehemals fortschrittlichen Parteien genutzt werden kann.

So wie in Fernsehen, Radio und Presse werden Mitarbeitende des ISPK und anderer Think-Tanks auch immer wieder als „neutrale Experten“ an Schulen und andere Bildungseinrichtungen eingeladen, um dort über die „sicherheitspolitische Lage“ zu referieren – also die Schülerinnen und Schüler von der vermeintlichen Alternativlosigkeit der Aufrüstung zu überzeugen. So beispielsweise im Juni an der Hebbelschule in Kiel im Vorfeld einer Podiumsdiskussion über die Wehrpflicht. Wie wichtig dieser Bereich für die Treiber der Kriegstüchtigkeit ist, zeigt ein Beitrag des CDU-Politikers Roderich Kiesewetter in dem bereits erwähnten Sammelband. Dort heißt es: „Zuletzt kommt es auf Kommunikation gegenüber der Bevölkerung und trainierte Erfahrung an. Große deutschlandweite Übungen wären hierbei genauso wichtig wie die individuelle Sensibilisierung in der Schule“. Entsprechend dieser Prioritätensetzung haben auch die Schulbesuche von Jugendoffizieren an Schulen in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Offiziell sollen sie dort nicht für die Kriegstüchtigkeit oder den Dienst an der Waffe werben, sondern „objektiv“ über die sicherheitspolitische Situation aufklären. Tatsächlich tragen sie dazu bei, Bundeswehr, Aufrüstung und militärisches Denken als selbstverständlichen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens zu normalisieren. Die Zahl dieser Schulbesuche stieg zwischen 2021 und 2025 von 2.258 auf 5.529.

Wir sehen also, welch enormen Aufwand die herrschende Klasse betreibt, um Strukturen aufzubauen, die ihre Erzählungen und Ideologien in die arbeitende Klasse hineinzutragen. Denn sie wissen, wie angewiesen sie auf uns sind, um ihre Kriege führen zu können. Gleichzeitig zeigen die Investitionen in diesen Bereich auch, dass sich die herrschende Klasse der gesellschaftlichen Akzeptanz von Aufrüstung und Krieg keineswegs sicher ist. Denn die Widersprüche, die mit der Aufrüstung einhergehen, werden sich weiter zuspitzen. Wenn Sozialabbau, Krieg und Krise immer deutlicher machen, dass die arbeitende Bevölkerung kein Interesse an Militarisierung und Kriegsvorbereitung hat, wird für das Kapital ein umso stärker organisierter und vernetzter militärisch-industrieller Komplex notwendig, um ihren imperialistischen Kurs ideologisch abzusichern.

Um dem etwas entgegenzusetzen zu können, müssen auch wir uns auf gleichem Niveau organisieren und vernetzen. Es gilt, die Narrative der Kriegstüchtigkeit zu entlarven, ihre gesellschaftlichen Träger sichtbar zu machen und die Widersprüche der Aufrüstung offen zu legen. ★

Ein besonders drastisches Beispiel dafür, wie gezielte Medienkampagnen zur Legitimierung von Kriegen genutzt werden können, liefert uns der Zweite Golfkrieg: Im Auftrag der kuwaitischen Regierung verbreitete eine amerikanische PR-Agentur, dass irakische Soldaten bei der Invasion Kuwaits Frühgeborene getötet hätten, indem sie diese aus ihren Brutkästen gerissen und auf dem Boden hätten sterben lassen. Diese, als „Brutkastenlüge“ in die Geschichte eingegangene Medienkampagne, erhöhte die öffentliche Zustimmung zur US-Intervention in Kuwait deutlich und zeigt, welche zentrale Rolle Massenmedien im Sinne einer „strategischen Kommunikation“ einnehmen.



77 Jahre freiheitlich und demokratisch – für wen?

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung gilt als Garant von Freiheit und Demokratie – doch in der Praxis dient sie vor allem dazu, gegen Kommunisten und andere kritische Stimmen vorzugehen.

Bei der Einbürgerung muss man sich zu ihr bekennen, unter ihrem Namen werden mit der neuen Regelanfrage im öffentlichen Dienst faktisch Berufsverbote verhängt und mit ihr in der Hand wird fortschrittlichen Kräften die Meinungs- und Versammlungsfreiheit entrissen. 77 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik wird die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ (kurz: FDGO) nach wie vor unweigerlich als unverrückbares Fundament politischer Stabilität und der Einhaltung unserer Demokratie, Menschenwürde und rechtsstaatlichen Prinzipien dargestellt. Seither gilt sie als Ausdruck einer vermeintlich perfekt gelungenen Verbindung von Demokratie, Rechtsstaat und der individuellen Freiheit eines jeden Einzelnen. Mit kaum einem Begriff wird so selbstverständlich um sich geworfen und gleichzeitig so selten hinterfragt. Denn wer will schon gegen Freiheit und Demokratie sein?

Gedeiht auf den Wurzeln des Faschismus

Die BRD wurde 1949 nicht auf einem leeren Blatt gegründet. Sie wurde errichtet auf dem Boden eines Systems, das zwischen 1933 und 1945 den Faschismus hervorgebracht, um das deutsche Kapital durchzusetzen. Große Teile der Verwaltung, der Justiz, der Unternehmen, der Wissenschaft und des Militärs wurden von Personen weiterbetrieben, die im Dritten Reich aktiv an der Unterdrückung, Verfolgung und Vernichtung beteiligt gewesen waren. Die Liste ist lang und bekannt. Die FDGO wurde damals nicht im Widerspruch zum Faschismus entwickelt, sondern man schuf mit ihr eine neue, „demokratische Substanz“, die der westdeutschen

Gesellschaft eine Stabilität und Legitimität verkaufen sollte: Menschenwürde und Gleichberechtigung für alle – wie auch immer sich diese äußern soll – solange man sich im Rahmen der FDGO bewegt. Das mit ihr eine deutliche Verbesserung und ein Fortschritt einherging steht außer Frage. Doch die FDGO schuf für den Staat einen politischen Spielraum, der sich seitdem wie ein Gummiband dehnen lässt: Unter ihr wird entschieden, wer und was freiheitlich und demokratisch ist, und mit ihr hat der Staat ein Kampfinstrument in der Hand, Stimmen und Bewegungen zu unterdrücken, die mit ihr nicht vereinbar seien. Die FDGO erfüllte eine doppelte Funktion: Zum einen war sie perfekt dafür, sich vermeintlich vom faschistischen Unrecht abzugrenzen, zum anderen ließ sich mit ihr insbesondere die antikommunistische Propaganda und Repressionen durchsetzen. Das erste große Anwendungsbeispiel der FDGO gegen eine demokratisch organisierte Kraft war das Verbot der KPD im Jahr 1956. Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte bei der ersten Bundestagswahl 1949 noch 5,7 Prozent der Stimmen erhalten. Ihre Abgeordneten hatten an der Verkündung des Grundgesetzes teilgenommen und sich für Arbeitnehmerrechte, Entmilitarisierung und Entnazifizierung eingesetzt. Grade deswegen wurde sie verboten – wegen ihrer Unvereinbarkeit mit der FDGO. Und diese Unvereinbarkeit ist keine vermeintliche, sondern konkrete Verbesserungen für die werktätigen Massen ist nicht das, was man mit der FDGO wollte und will.

Substanz ohne Masse

Schauen wir uns an, was mit der FDGO eigentlich gemeint ist: Die

FDGO „bezeichnet demnach die Kernsubstanz des geltenden Verfassungsrechts sowie die Grundprinzipien der politischen Ordnungs- und Wertvorstellungen, auf denen die liberale und rechtsstaatliche Demokratie in Deutschland beruht.“ Insbesondere seit dem KPD-Verbotsurteil von 1956 gilt sie als Gesamtheit derjenigen Werte und Prinzipien, die nicht angetastet werden dürfen: Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem und das Recht auf politische Opposition. Laut des damaligen Urteils des Bundesverfassungsgerichts brauchte es diese „Klarstellung“, um durch die von der KPD geforderte Diktatur des Proletariats zu verhindern und die freiheitlich demokratische Grundordnung zu verteidigen. Zu ihrer Substanz gehören demnach Verfassungsprinzipien der Staatsgewalt, das Recht des Volkes zu wählen, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte, die im „Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte“ und nicht zuletzt die Verfassungswidrigkeit von Parteien, die die Ziele der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beeinträchtigen oder beseitigen wollen. Damit soll diese „Definition“ den zentralen Bezugspunkt und eine klare Orientierung in der Extremismusbekämpfung mit samt ihrer Hufeisentheorie bieten. Doch definieren tun diese Prinzipien die FDGO noch lange nicht, auch die Grundgesetze geben uns dabei keinen konkreten sozialen Anspruch, sondern vielmehr abstrakte Zugeständnisse der vermeintlichen Gleichheit und Würde eines Jeden. Die FDGO enthält keine Garantie auf Wohnen, auf Arbeit, auf Nahrung, auf ein Leben in Würde jenseits der Verwertungslogik des Marktes. Sie schützt nicht unsere materielle Lebensgrundlage. Sie ist eine Hülle, die den Schein von Gleichheit erzeugt, während sie die strukturellen Ungleichheiten der kapitalistischen Ordnung unangetastet lässt. Nichts legt also genau fest, was mit der FDGO abschließend gemeint ist. Stattdessen wurde sie durch Richterrecht, durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und durch politische Interpretation zu dem gemacht, was sie heute ist und als das was sie ist, wird sie heute und in Zukunft weiter geformt und genutzt. Wenn man sich also fragt, wieso die FDGO so abstrakt ist, muss man sich fragen, ob es nicht genau das ist, was damit gewollt ist. Denn wie lässt sie sich sonst nutzen, um den Kapitalismus aufrechtzuerhalten, Kritik daran mit Repressionen niederzumachen und all dem im Namen der FDGO ein demokratisches Gewand anzuziehen?

Verfassungsschutz einfach reformieren?

Mit der Gründung der BRD brauchte es demnach auch eine Institution, die jene FDGO schützt, „Bedrohungen“ frühzeitig erkennt und gegen sie vorgehen kann. Ob bei der Gründung des Verfassungsschutzes bis hin zum NSU – klar ist, dass der Verfassungsschutz selbst durch rechte und faschistische Kräfte erwachsen ist. Doch den Verfassungsschutz darauf zu reduzieren, dass er „auf dem rechten Auge blind“ ist, kommt dabei zu kurz. Dies würde implizieren, dass er auf falsche Art und Weise einer eigentlich richtigen Aufgabe nachgeht, wenn er zwischendurch nur etwas mehr mit dem Finger nach rechts zeigen würde. Doch der Verfassungsschutz kann in der Verteidigung der FDGO überhaupt kein neutrales Instrument sein, wenn die FDGO keinen neutralen Inhalt hat. Ihr Klassencharakter ist keine Nebenerscheinung, sondern ihr eigentlicher Kern. Und mit diesem Klassencharakter ist auch die „rechte Blindheit“ kein Versehen. Es ist der Verfassungsschutz und nach sich ziehend die Gerichte und die Polizei, durch die entschieden wird, was „freiheitlich“ ist und was nicht, was „demokratisch“ gilt und was nicht. Wer das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik grundlegend in Frage stellt, findet sich in den Verfassungsschutzberichten wieder – nicht, weil er Demokratie ablehnt, sondern weil die FDGO stillschweigend den Kapitalismus als schützenswerten Kern der Gesellschaftsordnung mitdefiniert. Wer sich heute gegen



den Genozid Israels in Palästina stellt, erlebt, wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit schnell wieder verhandelbar werden - und jetzt wird debattiert, Äußerungen gegen die israelische Regierung unter Volksverhetzung zur Strafe zu stellen. Wer heute gemeinnützig Jugend- und Demokratiehilfe leistet, wird durch die „kleine Abfrage“ von Merz die staatlichen Gelder entzogen, sobald er politisch unbequem wird. Und wer letztlich durch politische Aktivitäten nicht der FDGO entspricht, soll wie in Hamburg keine öffentlichen Ämter mehr besetzen dürfen. Der Verfassungsschutz ist ein Geheimdienst, dessen Funktion darin besteht, den status quo zu erhalten – und der diese Funktion mit voller Gewalt ausübt. Eine Institution, die schonungslos aufzeigt, wie er durch seine V-Leute im NSU-Komplex selbst kein Finger zur Aufklärung rühren wird. Eine lückenlose Aufklärung dieser rechten Gewalt muss stets die Forderung sein, die es an den Staat zu richten gilt. Gleichzeitig muss eine Institution, die mit den Mitteln der FDGO den Knüppel der Unterdrückung der Bevölkerung durchsetzt und genau dafür da ist, aufgelöst werden. Denn hüten tut er vor allem eines: die Freiheit der Eigentümer in diesem Land.

Freiheit für die Reichen, Fesseln für die Werktätigen

Ein Blick auf die gesellschaftliche Realität wirft also grundlegende Fragen auf: Während die FDGO als Garant von Freiheit und Menschenwürde propagiert wird, erleben breite Teile der Bevölkerung eine bittere Realität: steigende Lebenshaltungskosten, stagnierende oder real sinkende Löhne, eine wachsende soziale Spaltung und der kontinuierliche Abbau des Sozialstaats, während wir erneut dem deutschen Staat dabei zuschauen, eine militärische Führungsmacht zu werden und der Wehrpflicht immer tiefer in die Augen blicken. Im Jahr 1949 sagte der kommunistische Abgeordnete Max Reimann bei der Verkündung des Grundgesetzes: „Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“ Die FDGO ist für die Arbeiter, Frauen und Jugendlichen weder vollständig freiheitlich noch demokratisch. Ihre Errungenschaften und die Angriffe, die wir auf unsere Grundrechte aktuell hautnah erlebt, gilt es für uns an vorderster Front zu verteidigen – gleichzeitig ist es nicht das Gewand der FDGO, was wir uns anziehen dürfen, wenn wir davon sprechen eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung erkämpfen zu wollen.

von **Annelie Weizmann**



DIE ZEIT DER SOMMER- MÄRCHEN IST VORBEI

Fußball bewegt Millionen – doch die WM 2026 zeigt deutlicher denn je, dass hinter dem Turnier vor allem Profit, Ausgrenzung und politische Interessen stehen.

Kommentar von Yekta Dogan

Die beliebteste Sportart in Deutschland ist Fußball – und trotzdem sagen 37 Prozent der Deutschen laut einer Umfrage des ARD, dass sie „gar kein Interesse“ an der Fußball-Weltmeisterschaft haben. Weitere 30 Prozent äußern nur „wenig Interesse“. Die Stimmung, die das Sommermärchen 2006 gebracht hatte, suchen auch die größten Fußballfans vergeblich.

Fußball ist nicht einfach nur Fußball. Er ist Gemeinschaft, Erinnerungsraum, kollektives Gefühl. Bei Großsportereignissen wie der Weltmeisterschaft wird versprochen, Menschen über Grenzen hinweg zu verbinden. Viele erinnern sich an vergangene Weltmeisterschaften und die Stimmung damals. Wer jetzt 30 ist, der war damals ca. elf Jahre alt. Elf Jahre sind ein seltsam perfektes Alter, um Fußball zu lieben. Man ist bereits alt genug, um dem Spiel zu folgen. Man bemerkt die Eleganz, mit der ein Spieler den Ball annimmt, das Außergewöhnliche in der Parade des Torhüters, die Fangesänge auf den Tribünen, die wie ein Tor zu einer anderen Welt wirken. Die Geldverhältnisse hinter dem Fußball, die Übertragungsverträge, die Art, wie Turniere vermarktet werden, wie aus Stars Marken gemacht werden – all das kennt man noch nicht in seinem vollen Gewicht. Deshalb ist ein Fußballspiel für einen Elfjährigen einfach ein Fußballspiel.

In diesem Alter sind vier Jahre keine kurze Zeit. Zwischen zwei Weltmeisterschaften wird man beinahe zu einem völlig anderen Menschen. Die WM ist deshalb wie eine große Uhr, die die Übergangspunkte zwischen Kindheit und Erwachsenwerden markiert. Doch wenn man älter wird, verändert sich der Fußball dann, oder verändert sich der Standpunkt, von dem aus man ihn betrachtet? Beides. Von WM zu WM steigt der Anteil an Vermarktung, „Sports-washing“ und das Auspressen jeder Form von Profiten. Das heißt aber nicht, dass die früheren Weltmeisterschaften davon befreit waren. Vertreibung von Menschen aus ihren Wohnorten, illegale

und unmenschliche Arbeitsbedingungen und Ausbeutung: All das kennen wir schon aus Südafrika, Brasilien, Katar etc... - es tritt nur jedes Mal offensichtlicher zutage. Es ist dieselbe kindliche Naivität, mit der wir die Weltmeisterschaften von damals betrachtet haben, verleitet, sie zu romantisieren. Aber das Leben zu verstehen bedeutet auch, die Mechanismen hinter dem Zauber zu erkennen. Und sobald man sie gesehen hat, fällt es schwerer, sich dem Flug des Balls vollständig hinzugeben.

Hinter dem Fest steht eine Maschinerie, die mit gemeinschaftlicher Kultur wenig und mit Kapitalverwertung sehr viel zu tun hat. Die FIFA erwartet für die WM 2026 Einnahmen von rund 9,27 Milliarden Euro – das lukrativste Einzelsportereignis der Geschichte. Die Gesamtausgaben aller Austragungsstädte für Logistik und Sicherheit werden auf weitere 12 bis 13 Milliarden US-Dollar geschätzt. Kosten, die nicht die FIFA trägt, sondern die öffentliche Hand. Der Verband kassiert, die Bevölkerung zahlt. Das Ticketregime macht das besonders sichtbar: Auf der offiziellen FIFA-Resale-Plattform tauchten Angebote bis zu 1,9 Millionen Euro pro Finale-Ticket auf. Auf die Kritik antwortete FIFA-Präsident Gianni Infantino, die Amerikaner hätten sich eben an teure Tickets gewöhnt. Derselbe Infantino lässt sich in Zeiten des Klimawandels und einer weltweiten Hitzewelle mit seinem Privatjet durch die Gastgeberstädte chauffieren. Binnen einer Woche setzte die Maschine rund 200 Tonnen CO₂ frei – das Zwanzigfache dessen, was ein durchschnittlicher Deutscher im ganzen Jahr verursacht.

Auch beim Breitensport kommt von all dem Glanz und all den „Investitionen“ nichts an. Die wachsende Einflussnahme von Finanzinvestoren und der Fokus auf Profit führen zur mangelnden Förderung unrentabler Bereiche wie dem Amateur- und Nachwuchssport. Stadien werden für Milliarden renoviert, während Vereine in Stadtteilen um kommunale Fördergelder kämpfen und Jugendtrainer ehrenamtlich arbeiten.

Die politischen Umstände dieser WM bringen eine weitere, besonders offensichtliche Form der Entfremdung von dem Turnier mit sich. Auf dem Rasen repräsentiert das Turnier gelebte Multikulturalität: 48 Nationen, Spieler aus aller Welt, Fußball als globale Sprache. Doch dieser Anspruch steht in krassem Gegensatz zur politischen Realität im größten Gastgeberland. Mehr als 120 Organisationen – darunter Amnesty International und die ACLU – warnten vor Turnierbeginn vor einem verbreiteten „Klima der Angst“. Tausende Fans aus Haiti, dem Iran, dem Senegal und der Elfenbeinküste konnten die Spiele ihrer Mannschaften aufgrund von Reiseverboten und restriktiver Visapolitik nicht im Stadion verfolgen. Allein im Jahr 2025 wurden eine halbe Million Menschen aus den USA abgeschoben, 43 starben zwischen Januar 2025 und März 2026 in ICE-Gewahrsam.

Auch Schiedsrichter blieben nicht verschont. Omar Artan, seit 2018 FIFA-Schiedsrichter und 2025 vom afrikanischen Kontinentalverband CAF zum Schiedsrichter des Jahres gekürt, wurde nach elfstündiger Befragung am Flughafen Miami zurückgewiesen. US-Behörden beriefen sich auf eine angebliche Verbindung zur somalischen Miliz Al-Shabaab – Artan reiste mit Diplomatenpass und gültigem Visum ein. Er lehnte die FIFA-Entschädigung ab: Er habe nicht Geld gewollt, sondern das Recht, bei der WM zu pfeifen und sein Land zu repräsentieren. All die Verschleierungen und die Vermarktung der WM als Turnier des globalen Zusammenhalts hält dem immer aggressiver werdenden Nationalismus des Gastgeberstaates USA nicht stand.

Und was passiert in Deutschland? Während die WM ein nationales Gemeinschaftsgefühl beschwören soll, plant die Bundesregierung den größten sozialpolitischen Angriff auf die Arbeiterklasse seit der Agenda 2010. Der eigentliche Grund, warum auch diese WM weit entfernt von einem Sommermärchen bleibt, liegt darin, dass es immer schwieriger wird, ein Märchen von einer Welt zu erzählen, die es so nie gab. ★



Mexiko: WM-Feierlaune und blutige Gewalt gegen das Volk!

Während für die Fußball-WM eine schöne Kulisse hergerichtet wurde, nimmt die Gewalt in Mexiko gegen fortschrittliche Kräfte und das Volk zu.

In Mexiko gibt es Jahr für Jahr über 30.000 Morde durch kriminelle Kartelle, oft mit Beteiligung oder Duldung des korrupten Staatsapparates. Zu einem aktuellen Fall gab Ende Juni die Union der Revolutionären Jugend Mexikos (UJRM) eine Erklärung ab:

„Am Montagabend, dem 22. Juni, wurden Genossen der Revolutionären Volksfront (FPR) in der Gemeinde Miahuatlán de Porfirio Díaz im Bundesstaat Oaxaca Opfer eines bewaffneten Angriffs. Bei diesem Angriff wurde der Genosse Juan José Cruz Padilla getötet, zwei weitere Personen wurden schwer verletzt: Jesús Sabas und José Alberto Martínez Luna, Vorsitzender der FPR in der Sierra Sur und ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde, in der sich der Anschlag ereignete. Letzterer war das eigentliche Ziel des Angriffs.“

Es ist wichtig, den Kontext hervorzuheben, in dem der Angriff auf unsere Genossen stattfand: ein Kontext, der durch eine deutliche Eskalation der Gewalt gegen Volksorganisationen gekennzeichnet ist, die sich entschlossen und kämpferisch für die Forderungen, die Würde und das Leben der Arbeiterklasse und aller Völker Mexikos einsetzen, mit dem Ziel, die Realität des Landes während der laufenden Fußball-Weltmeisterschaft vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit zu verbergen und durch diese Gewalt die neoliberale Politik fortsetzen zu können.

Die FPR im Bundesstaat Oaxaca ist aufgrund ihrer herausragenden revolutionären Arbeit in diesem Bundesstaat Opfer von Verfolgung, Angriffen und Schikanen geworden und hat dafür in der Vergangenheit mit dem Tod von Genossinnen und Genossen bezahlt, wobei insbesondere Tomás Martínez Pinacho zu nennen ist, ein Führer der FÜR..., der am 24. August 2020 von der Landesregierung feige und ungestraft ermordet wurde.“

Die Genossen rufen weltweit zur Solidarität auf und bitten darum, sich an andere Organisationen, Kollektive, Gewerkschaften und demokratisch gesinnte Menschen zu wenden um eine Solidaritätskampagne zu organisieren:

- Dreht Solidaritätsvideos, in denen ihr die politische Verfolgung anprangert und deren Beendigung fordert,
- Verfasst Erklärungen, in denen ihr die Vorfälle anprangert und Gerechtigkeit sowie die Bestrafung der geistigen und materiellen Urheber der Tat fordert,
- Verbreitet Solidaritätsmaterialien auf euren Seiten, in sozialen Netzwerken und in den Medien und leitet diese an uns weiter, damit wir sie übersetzen und international verbreiten können.
- Prangert die Situation bei öffentlichen Veranstaltungen an, an denen ihr teilnehmt.

Die Genossen sind dankbar, wenn diese Videos oder in den sozialen Netzwerken mit Markierung der folgenden Organisationen veröffentlicht würden, um ihre Reichweite und Verbreitung zu vergrößern: @ujrmnacional, @fprmx und @pem_ml

Schluss mit der politischen Verfolgung! Schluss mit den Anschlägen auf das Leben und die Unversehrtheit der Kämpfenden!

Der Kultur wird der Kampf von oben angesagt!

von **Fiona Berg**

Wenige Schlagwörter waren in den letzten Jahren so präsent wie „Kulturkampf“. In Talkshows und sozialen Netzwerken wurde sich über das Gendern, Traditionen oder „das Sagbare“ ausgelassen. Diese Auseinandersetzungen haben die Unzufriedenheit vieler Menschen in eine Richtung kanalisiert, die für Staat und Kapital ungefährlicher sind, als die wahren Verursacher ihrer Probleme anzuprangern. Zugleich werden sie im Zuge der allgemeinen Rechtsverschiebung der Bundesregierung immer mehr auch direkt durch den Staat selbst ausgetragen.

In den letzten Monaten hat diese Entwicklung einen neuen Protagonisten und einige Aufreger dazugewonnen. Wolfram Weimer, Kulturstatsminister des Kanzleramts, hat auf eine sehr unmittelbare Weise gezeigt, welche Strategie die deutsche Regierung aktuell in diesen Fragen verfolgt und inwiefern die staatlichen Mittel zur Repression von Kunst und Kultur genutzt werden.

Ein Soldat der politischen Mitte?

Wolfram Weimer hat, vor seinem Amtsantritt als Kulturstatsminister im letzten Jahr, eine steile Karriere als Chefredakteur zahlreicher großer Zeitungen und Magazine hingelegt. Von Die Welt, über die Berliner Morgenpost und den Focus machte er sich in der deutschen Medienlandschaft einen Namen. Sein Verlag, die Weimer Media Group veranstaltet jährlich den Ludwig-Erhard-Gipfel, „Deutschlands Meinungsführertreffen“, bei dem sich das deutsche Kapital in Form von Vertretern der Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft bei einem „Get-Together“ austauschen und die „politische Agenda“ prägen. Ein hohes Tier in Fragen der öffentlichen Meinung. Dabei publizierte er in der Vergangenheit auch selbst. In „Das konservative Manifest“ von 2018 schlägt Weimer unter Berufung auf die Aufklärung in die Kerbe des Kulturkampfes und ernennt das Werk zum Alptraum für alle Linken. Er argumentiert für eine wirtschaftsliberale und kulturell konservative Gesellschaft, welche den Stolz auf die Nation, die traditionelle Familie und den Sozialabbau bedeutet. Dabei grenzt er sich von „Radikalen“ und dem „Extremismus“ ab und stellt seine Auffassungen als „politische Mitte“ dar. Mit dieser Haltung, die sich bis heute in seinen Aussagen widerspiegelt, spricht er davon der AfD den Kulturkampf anzusagen, die linke Cancel-Culture bzw. Woke-ness zu entmachten und den links-rechts Kulturkampf der letzten Jahre durch den Kulturkampf der Mitte zu beenden. Die hier gezeichnete Politik wird als vernünftig und Verteidiger der Demokratie verkauft, bedeutet am Ende des Tages jedoch den Ausbau der Kontrolle und das in Schach halten der Öffentlichkeit in sich zuspitzenden Zeiten. Außerdem ist eben diese „Mitte“ seit Jahren tragender Akteur des Rechtsrucks, in Form der letzten beiden Bundesregierungen. Im Namen der Meinungsfreiheit soll eben diese eingeschränkt werden und wen das trifft, hat sich in jüngerer Vergangenheit gezeigt.



Wolfram Weimer

Es wird durchgegriffen

Schlagzeilen hat der Eingriff Weimers in die Verleihung des deutschen Buchhandlungspreis im März gemacht. Er ließ drei Buchläden, „The Golden Shop“ aus Bremen, „Rote Straße“ aus Göttingen und „Zur schwankenden Weltkugel“ aus Berlin, von der Liste an auszuzeichnenden Läden entfernen und bezeichnete sie als „Extremisten“ und „Feinde des Staates“, denen keine Steuer- bzw. Fördergelder zugehen könnten. Alle drei zeichnen sich durch ihr linksgerichtetes Sortiment aus. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten: eine breite Welle an Protest und Empörung solidarisierte sich mit den betroffenen Buchläden, darunter der Börsenverein des Deutschen Buchhandels und die Kurt-Wolff-Stiftung, selbst die Fachjury kritisierte die Entscheidung. Nach diesem Aufschrei aus der Kulturbranche setzte Weimer einen drauf und sagt die Preisverleihung des Buchhandlungspreis im Rahmen der Leipziger Buchmesse im März kurzerhand gänzlich ab. Begründet hat Weimer den Ausschluss mit einer Einschätzung der Buchläden als „politisch extremistisch“ mittels des Haber-Verfahrens durch den Verfassungsschutz, wogegen die Buchläden vor das Berliner Verwaltungsgericht zogen und Recht bekamen. Selbst nach Maßstäben des Rechtsstaats war Weimers Angriff und Diffamierung nicht zulässig. Die Verweigerung des Preises darf dabei nicht nur als symbolische Geste betrachtet werden. Die Preisverleihung geht mit einem Preisgeld, sowie einer offiziellen Anerkennung und medialen Aufmerksamkeit einher, was in Zeiten von Online-Vertrieben und einer bekanntlich schrumpfenden Nachfrage, überlebenswichtig sein kann für die betroffenen Buchläden. Zuvor übte Weimer bereits bei der Berlinale Druck auf kritische Kulturschaffende aus. Zunächst begrüßte er die Haltung von Wim Wenders, das Festival und die Jury nicht als politischen Raum zu betrachten. Nach einer Reihe palästina-solidarischer Äußerungen von Filmschaffenden, berief Weimer den Aufsichtsrat zu einer Sondersitzung ein und stellte Tricia Tuttle, die Intendantin des Festivals, soweit in Frage, dass über ihre Entlassung diskutiert wurde. Die Filmbranche stellte sich deutlich dagegen und insgesamt über 700 internationale Filmschaffende stellten sich in einem offenen Brief gegen diesen Eingriff in das Festival. Ironischerweise wurde auf dem Festival der höchste Preis, der goldene Bär, an den Film „Gelbe Briefe“ verliehen, welcher die Zensur und Repression von und gegen regierungskritische Stimmen in der Kulturbranche in der Türkei behandelt. Gedreht wurde der Film in Deutschland und verweist in seinem Verlauf auf die deutsche Geschichte des Faschismus.

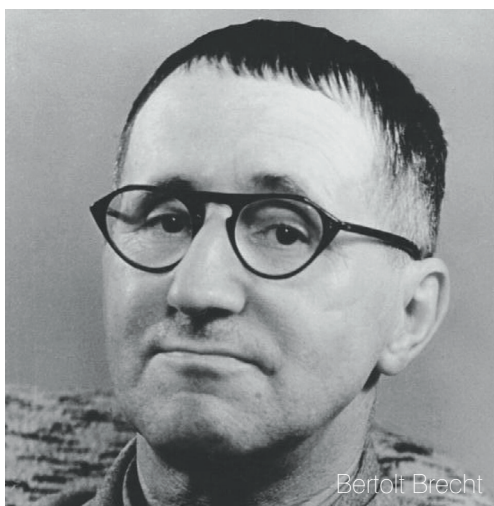
Kulturkampf oder Kampf der Kultur

Mit seinen Eingriffen in den Inhalt der Kultur in Deutschland wie am Beispiel der Berlinale, oder der Marginalisierung kritischer Kulturträger wie den Buchläden, zeigt sich eine Seite der Medaille des Kulturkampfes von oben. Dieser geht aber immer auch mit dem wohl wichtigsten staatlichen Hebel in der Kulturbranche, der Finanzierung, einher und hier sehen wir auch, dass es der Kultur an den Kragen geht. Zum einen sorgt die Einnischung in den Kulturbetrieb für Verunsicherung und Kulturschaffende überlegen sich zweimal, ob politisch kritische Projekte eingereicht werden. Darüber hinaus sollen die Mittel für Kultur von Grund auf gekürzt und damit die Branche faktisch verknappt werden. Der Bundeskulturfonds soll um etwa 50 Prozent gekürzt werden, in München sollen 8 Millionen Euro noch im laufenden Haushalt eingespart werden, und dass, nachdem der Haushalt für 2024 ohnehin schon um 11 Millionen gekürzt worden war. Dresdens städtische Kulturbetriebe sollen in den kommenden zwei Jahren 4,76 Millionen Euro einsparen und in Berlin wurden 2025 über 10% des Kulturhaushalts gekürzt. Aber auch hier formt sich Bewegung. Am 7. November protestierten bspw. hunderte Künstler*innen in Hannover gegen die dort geplanten Kürzungen in der Kultur.

Im Falle Weimers und im Zuge der sich entwickelnden Kulturpolitik kann nicht mehr nur von einer „Debatte“ oder einem „Klima“, in dem der Kulturkampf zur Mobilisierung und Aufheizung genutzt wird, gesprochen werden. Diese Politik der Bundesregierung, durchgesetzt durch den Staatsminister und sein Ministerium, reiht sich ein in die wachsende Tendenz der Aufrüstung nach Innen und verschärften Repression in Deutschland. Das ist ein Kulturkampf, der immer direkter von der herrschenden Klasse ausgeht. Diese kann in der Kulturbranche wie sich zeigt, unterschiedlich aussehen. Aber wie auch schon die Berufsverbote gegen Akteure der Friedensbewegung, die Repression gegen die Schulstreikbewegung und die Einschnitte in die Berichterstattung im Zuge der Staatsräson gezeigt haben, trifft der Kulturkampf die Stimmen, die sich gegen den deutschen Imperialismus stellen. ★

Als Protest gegen die Aberkennung der Buchpreise:
Fassade einer betroffenen Buchhaltung voller Zitate von Weimer.





Bertolt Brecht



Käthe Kollwitz



Willi Münzenberg

Künstler im kollektiven Dienst der Arbeiterklasse

Wie proletarische Kunst in der Weimarer Republik organisiert wurde

von Jonas Rein

Künstlerisches Schaffen wird oft verstanden als Sache des persönlichen Talents.

Ob in der Malerei, der Lyrik oder sogar in Branchen, in denen eine Vielzahl von Personen offenkundig an einem Projekt beteiligt sind: Die bürgerliche Presse liebt es, geniale Regisseure, Pop-Stars oder Schauspieler zu präsentieren. Auch fortschrittliche Künstler sind zum Großteil als Einzelgänger aktiv. Mögen ihre Werke Menschen politisch aufklären oder zumindest zum Nachdenken anregen, so geschieht das meist aus einer rein persönlichen Überzeugung und nach individuell festgelegten Maßstäben. Rechenschaft schuldig sind sie dabei sich selbst und vor allem ihren Geldgebern, Fördereinrichtungen oder Sponsoren, nicht aber einer politischen Bewegung, für die sie Kunst schaffen. Das war jedoch nicht immer so. Blicken wir zurück auf die zwanziger Jahre der Weimarer Republik, um einen kleinen Einblick zu bekommen, wie Kunst als Teil des Kampfes der Arbeiterklasse auch im größeren Stil kollektiv organisiert werden konnte.

Kunst als Teil des organisierten Klassenkampfes

In der Weimarer Republik formulierte die KPD, dass der proletarische Kampf, im Zusammenhang mit dem ökonomischen und politischen Kampf um Befreiung, auch ein Kampf um die Befreiung des Denkens und Fühlens sein müsse, um die bürgerliche Weltanschauung zu überwinden. Dieser könne jedoch nur in direktem Zusammenhang mit den ökonomischen und politischen Kämpfen geschehen. Allein durch einen Zeitungsartikel, ein Gemälde oder eine Fotografie kann das nötige Bewusstsein nicht erlangt werden, sondern nur im Zusammenhang mit den Erfahrungen der Arbeiter im Klassenkampf, zu dem die Agitation und Propaganda bewegen soll. Zur Verwirklichung dieses Anspruchs organisierten sich fortschrittliche Künstler, Publizisten, Fotografen usw... in einzelnen, nach künstlerischen Gewerken aufgeteilten Organisationen, die der KPD nahestanden, ohne formell Teil der Partei zu sein. Die Schriftsteller sammelten sich im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (BPRS), in der bildenden Kunst tat die Assoziation re-

volutionärer bildender Künstler (ASSO) dasselbe, im Theater die Agitprop-Truppen und in der Fotografie die Vereinigung deutscher Arbeiterfotografen. Diese Liste ließe sich lange fortsetzen.

Am Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller lassen sich Arbeitsweise und Funktion dieser Organisationen beispielhaft vorführen. Er bündelte die Produzenten als Berufsverband, organisierte die Verbreitung ihrer Werke mittels einer eigenen Zeitung (zunächst „Die Front“, ab August 1929 „Die Linkskurve“) und zog mit der Arbeiterkorrespondenten-Bewegung den Nachwuchs aus der Klasse selbst heran. Das wohl bekannteste Beispiel für diese Form der Gewinnung neuer Schreiber ist der Schriftsteller Willi Bredel. Er arbeitete als Dreher in einer Hamburger Maschinenfabrik und kam durch die Arbeiterkorrespondenten-Bewegung zum Schreiben. Diese wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, eine breite Masse von Arbeitern selbst zum Schreiben eigener Zeitungsartikel zu bringen. Später wurde er KPD-Mitglied und Teil des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. Seine Biographie zeigt sehr eindrücklich, wie die Kunst der Arbeiterbewegung aus sich selbst heraus entstehen konnte. Darüber hinaus waren die Organisation und ihre Publikation auch direkter Austragungsort für Debatten über Inhalt und Form innerhalb der Bewegung.

Welche Reichweite Publikationen aus der Arbeiterklasse annehmen konnten, zeigte die Arbeiter-Illustrierte-Zeitung (AIZ) unter der Leitung von Willi Münzenberg, die sich im Verlauf ihres Bestehens von 1921 bis 1933 mit einer Auflage von einer halben Million zur zweitgrößten Illustrierten der Weimarer Republik entwickelte. Der Einfluss dieser Organisationsform reichte zudem über ihre Mitglieder hinaus: Auch Künstler wie Bertolt Brecht oder Käthe Kollwitz, die zwar selber keinem Parteiorgan oder Parteinahen Berufsverband angehörten, wurden als Sympathisanten gewonnen und deren Werke von der Bewegung aufgenommen und verbreitet. ★



Objektivität trotz Parteilichkeit?

Die hier beschriebene Kunst bekannte sich offen zu ihrer Parteinahme am Kampf der Arbeiterklasse. In der bürgerlichen Kunstauffassung provoziert das gerne einen Einwand: Verliert eine offen parteiliche Kunst nicht den Anspruch auf eine objektive Darstellung der Realität? Kann etwas noch glaubhaft sein, wenn es nicht neutral ist?



Die Frage, ob Parteilichkeit einem wahrheitsgetreuen Blick schadet oder ihn erst ermöglicht, lässt sich nicht beantworten, ohne den Begriff der Neutralität selbst zu hinterfragen.

Marx und Engels formulieren in der Deutschen Ideologie: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken.“ Da die herrschende Klasse über die materiellen Mittel der geistigen Produktion verfügt, bestimmt sie auch, welche Perspektive als neutral und nicht weiter begründungspflichtig gilt. Wer sich auf einen vermeintlich neutralen Standpunkt zurückzieht, reproduziert daher tendenziell die Position derjenigen, deren Interessen die bestehende Ordnung ohnehin repräsentiert. Was als Neutralität erscheint, ist selbst eine politische Position, nämlich die der herrschenden Klasse. Kunst und Kultur sind damit kein neutrales Beobachtungsinstrument - weil sie nicht außerhalb der Klassenverhältnisse entstehen, können sie auch nicht außerhalb ihrer Widersprüche existieren. Die Frage ist daher nicht, ob ein Film, Gedicht oder Theaterstück einen Standpunkt einnimmt, sondern welchen und ob er ihn offenlegt oder verschleiert.

Zeigte etwa die Arbeiter Illustrierte Zeitung in ihren Fotomontagen das Elend des Arbeiterlebens in der von der Wirtschaftskrise getroffenen Weimarer Republik der späten 1920er Jahre und im Kontrast dazu die zur selben Zeit im Überfluss lebende Bourgeoisie, so war schon das bloße Zeigen dieses Gegensatzes eine politische Positionierung. Aus der Perspektive eines Arbeiters, der selber unter diesen Verhältnissen leidet, begründet die Gegenüberstellung schon eine Notwendigkeit für eine Veränderung der Situation.

Dafür muss diese Realität nicht verfälscht und kein objektiver Wahrheitsanspruch über Bord geworfen werden. Im Gegenteil: Verschleierung braucht die andere Seite. Wer die Verhältnisse rechtfertigen will, unter denen die große Mehrheit der Gesellschaft leidet, muss beschönigen und immer neue falsche Sündenböcke heraufbeschwören, um von den wahren Profiteuren und Verursachern abzulenken.

Die Arbeiterklasse hat nichts zu vertuschen. Gerade die wahrheitsgetreue Darstellung der Verhältnisse begründet die Notwendigkeit, sie zu verändern. Objektivität und Parteinahme sind hier Bedingung und kein Gegensatz.



Aktivierende Befragung zur Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie 2026

Jetzt beginnt die Auseinandersetzung und die Forderungsdiskussion

von **Emilia Weber**

Mit der Beschäftigtenbefragung der IG Metall hat die Debatte über die Tarifrunde 2026 begonnen – jetzt entscheidet sich, ob die Forderungen sich an den Bedürfnissen der Beschäftigten oder an den Klagen der Arbeitgeber orientieren.

Seit dem 1. Juni läuft in der tarifgebundenen Metall- und Elektroindustrie die sogenannte aktivierende Beschäftigtenbefragung der IG Metall. Bis zum 28. August können die Kolleginnen und Kollegen ihre Einschätzungen und Forderungen zur kommenden Tarifrunde abgeben. Die Ergebnisse sollen anschließend in die Forderungsfindung der Tarifkommissionen einfließen. Im September sollen die Tarifkommissionen ihre Forderungsbeschlüsse fassen.

Grundsätzlich gilt: Je mehr Beschäftigte sich an der Befragung beteiligen, desto repräsentativer wird das Bild der Interessen und Erwartungen der Belegschaften. Deshalb ist eine hohe Beteiligung wichtig.

Gleichzeitig zeigt die Befragung auch, unter welchen Vorzeichen die Tarifrunde 2026 beginnt. Seit Monaten bestimmen Meldungen über Stellenabbau, Verlagerun-

gen und Sparprogramme die Schlagzeilen. Viele Unternehmen und ihre Verbände nutzen dies, um die Erwartungen der Beschäftigten zu dämpfen und Lohnforderungen von vornherein als „unrealistisch“ darzustellen.

Diese Stimmung spiegelt sich teilweise auch in der Befragung wider. So wird zunächst nach der wirtschaftlichen Situation des Betriebs gefragt. Auch die Frage nach der Entgeltforderung bleibt auffällig unkonkret. Statt über konkrete Prozentzahlen oder reale Verbesserungen zu diskutieren, können die Beschäftigten lediglich zwischen einer „kräftigen“, „moderaten“, „kleinen“ oder gar keiner Entgeltforderung wählen. Ein genauer Blick auf die Befragung zeigt jedoch auch, unter welchen Vorzeichen die Tarifrunde beginnt.

Grundsätzlich gilt: Je mehr Beschäftigte sich an der Befragung beteiligen, desto repräsentativer wird das Bild der Interessen und Erwartungen der Belegschaften. Deshalb ist eine hohe Beteiligung wichtig.



Die Diskussionen in den Tarifkommissionen haben gestartet

Diese Art und Weise der Diskussionen spiegelten sich auch in der letzten gemeinsamen Tarifkommissionssitzung aller sieben Bezirke wider. In den Inputs des geschäftsführenden Vorstands durch die Tarifvorständin Nadine Bugoslawski als auch durch die Vorsitzende Christiane Benner wurde die besondere Situation aufgemacht, dass die Branche wirtschaftlich in sehr unterschiedlichen Situationen stecke. Sowohl die Schlussfolgerung von den beiden, als auch die Folgerungen des Chefökonom des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturpolitik der Hans Böckler Stiftung, Sebastian Dullien, waren dass eine derartige differenzierte Situation eine differenzierte Forderung brauche. Dullien machte es fest an den Margen der verschiedenen Bereiche in der Metall- und Elektroindustrie, die sich in den letzten Jahren weiter auseinanderentwickeln.

Doch was ist gemeint, wenn in diesen Diskussionen von Differenzierung die Rede ist?

Eine Differenzierungsregelung in Tarifverträgen sieht vor, dass unter bestimmten Bedingungen Ausnahmen von der tarifvertraglichen Leistung gemacht werden. In der Metall- und Elektroindustrie ist das der Fall beim T-Zug, welche eine jährliche Sonderzahlung ist. Hier haben sich Gesamtmetall und IG Metall darauf geeinigt, dass wenn Betriebe unter eine Nettoumsatzrendite von 2,3 Prozent fallen, können sie die Sonderzahlung fallen lassen. Gleichzeitig bieten Verträge wie das Pforzheimer Abkommen den Unternehmen zahlreiche Möglichkeiten, für eine gewisse Zeit von tarifvertraglichen Abmachungen abzuweichen. Auch Bugoslawski erwähnte das Abkommen und warf die Frage auf, ob das Abkommen wirklich die notwendigen Instrumente in die Hand gibt.

Doch das Ziel sei heute eine Differenzierung nach oben zu erreichen. Heißt Unternehmen, denen es wirtschaftlich besonders gut geht, sollen die Beschäftigten daran beteiligen. Das erzeugt weitere Löcher in der Fläche des Tarifvertrags. Dabei bieten die bisherigen Regelungen den Unternehmen alle Möglichkeiten den Tarifvertrag zu unterschreiten. Also stellt sich die Frage: Warum weiter eine Differenzierung vornehmen? Die wirtschaftliche Situation der Unternehmen dürfen nicht zum Maßstab für die Erwartungen der Beschäftigten werden. Tarifpolitik muss von den Interessen derjenigen ausgehen, die den Reichtum in den Betrieben tagtäglich erarbeiten. Die Frage darf nicht lauten, was die Arbeitgeber bereit sind zu geben, sondern was die Beschäftigten brauchen und gemeinsam durchsetzen können.

Die Diskussionen über die Richtung der Tarifforderung wurde mit der letzten Tarifkommissionssitzung offiziell eröffnet. Jetzt wird es darauf ankommen, diese Diskussionen stark in den Betrieben zu führen und den Druck aufzubauen. Die Befragung war ein erster Schritt, um ein Stimmungsbild abzufragen, ist aber für eine Forderungsdiskussion noch sehr begrenzt. Im September soll die Forderung dann in den Tarifkommissionen beschlossen werden. Gleichzeitig muss sich, wer bessere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und sichere Arbeitsplätze will, in der IG Metall engagieren und bereit sein, nach Ende der Friedenspflicht am 31. Oktober an Warnstreiks und weiteren Arbeitskampfmaßnahmen teilzunehmen. ★

Gleichzeitig muss sich, wer bessere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und sichere Arbeitsplätze will, in der IG Metall engagieren und bereit sein, nach Ende der Friedenspflicht am 31. Oktober an Warnstreiks und weiteren Arbeitskampfmaßnahmen teilzunehmen.





Deutschlands Niederlage im UN-Sicherheitsrat **WAS IST DAS VÖLKERRECHT NOCH WERT?**

von Tara Bloch

Vor wenigen Wochen bewarb sich Deutschland um einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Neben den fünf ständigen Mitgliedern werden alle zwei Jahre zehn weitere Staaten in das wichtigste Gremium der UNO gewählt.

Deutschland verfolgte mit seiner Bewerbung um einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat das Ziel, als wichtiges europäisches Land an globalen Sicherheitsentscheidungen teilzunehmen. Über diesen Sitz wollten die deutschen Imperialisten eine aktivere Außenpolitik im Interesse des deutschen Kapitals machen. Außenminister Wadepful hatte vor der Konferenz aller deutschen Botschafter am 8. September 2025 konstatiert: „Deutschland gehört als eines der zentralen europäischen Gewichte an diesen Tisch.“ Das sei nötig, „weil wir in dieser Welt Außenpolitik gestalten wollen“ – „und weil dies unserem Interesse entspricht“. Weil „gerade in einem immer rauerem geopolitischen Klima“ – „die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat Zugänge zu Entscheidungen, Formaten und Informationen“ biete, „die auch Jahre nach unserer Mitgliedschaft geöffnet bleiben“.

Die Bewerbung der Bundesrepublik endete jedoch mit einer Niederlage für die Merz-Regierung. Während Österreich und Portugal die notwendige Unterstützung erhielten, verfehlte Deutschland die erforderliche Stimmenzahl deutlich. Für die Bundesregierung war dies ein empfindlicher Rückschlag. Wie kommt es, dass ein Staat, der vorgibt, an vorderster Front das Völkerrecht zu verteidigen, internationale Unterstützung verliert?

Die Antwort vieler Staaten fiel deutlich aus: Deutschlands Haltung im Nahen Osten hat erheblich zu dem schlechten Ergebnis beigetragen. Deutschland pfeift auf das Völkerrecht. Gleichzeitig kann man sich auch fragen, was dieses Völkerrecht heute überhaupt

noch wert ist – schließlich wird es ständig und überall missachtet. Doch es lohnt sich, einen Blick auf die Geschichte des Völkerrechts zu werfen, um zu sehen, dass auch dieses ein Ergebnis des Klassenkampfes war, dass im Kampf um Frieden einen Nutzen haben kann.

Der Völkerbund

Die erste internationale Organisation, die so etwas wie ein Völkerrecht schützen wollte, war der Völkerbund. Dieser entstand jedoch nicht einfach aus dem Wunsch nach Frieden. Sie entwickelte sich unter den Bedingungen tiefgreifender gesellschaftlicher Erschütterungen. Nach der Oktoberrevolution 1917 erklärte die neue Sowjetregierung den Austritt aus dem Krieg. Auch in Deutschland wuchsen Massenstreiks und Demonstrationen und die Matrosenaufstände von Kiel und Wilhelmshaven erschütterten das Kaiserreich. Millionen Arbeiter und Soldaten wollten Frieden und soziale Veränderungen. Die Novemberrevolution von 1918 beendete schließlich die Herrschaft des Kaisers.

Für die herrschende Klasse Europas und der USA stellte diese Entwicklung eine enorme Gefahr dar. Der Krieg war durch die Bevölkerung beendet worden. Um diese Bewegung nicht weitergehen zu lassen, benötigte man eine scheinbare Alternative. Es sollte verhindert werden, dass sich revolutionäre Bewegungen weiter ausbreiteten. Der Einfluss der Sowjetunion sollte im Keim erstickt werden. Mit dem Versailler Vertrag und der Gründung des Völkerbundes sollte eine neue internationale Ordnung geschaffen werden. Offiziell sollte der Völkerbund Konflikte friedlich lösen und zukünftige Kriege verhindern. In der Praxis spiegelte die Organisation jedoch die Machtverhältnisse ihrer Zeit wider. Die Friedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg war eine Antwort auf die Angst vor Revolutionen und der Sowjetunion.

Die führenden imperialistischen Staaten dominierten die Institution. Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan verfügten über eine gesonderte Stellung im Völkerbundrat. Gleichzeitig wurden die ehemaligen deutschen Kolonien unter ihrer Aufsicht neu verteilt. Das nationale Selbstbestimmungsrecht wurde dort anerkannt, wo es den Interessen der Großmächte entsprach, und missachtet, wo es diesen Interessen entgegenstand. Mit dem Eintritt der Sowjetunion 1934 standen sich im Völkerbund zwei antagonistische Systeme gegenüber. Dieser Schritt war kein Ausdruck eines plötzlichen Vertrauens in die imperialistischen Großmächte, sondern eine Reaktion auf die sich zuspitzende internationale Lage. Mit dem Machtantritt der NSDAP in Deutschland wuchs die Gefahr eines neuen Krieges. Die Sowjetmacht befürchtete, dass die kapitalistischen Staaten Europas erneut bereit sein könnten, mit Deutschland zu paktieren oder dessen Aggression nach Osten zu lenken, um die Sowjetunion zu schwächen oder gar zu zerschlagen. Die Mitgliedschaft im Völkerbund war deshalb vor allem ein Mittel des eigenen Schutzes.

Der Zweite Weltkrieg und die Gründung der Vereinten Nationen

Der Zweite Weltkrieg stellte das endgültige Scheitern der Zwischenkriegsordnung dar. Nach der Niederlage des Faschismus entstand 1945 die Organisation der Vereinten Nationen. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg waren die internationalen Kräfteverhältnisse nun grundlegend verändert. Mit der Sowjetunion war eine sozialistische Großmacht entstanden, die entscheidend zur Niederlage Hitlerdeutschlands beigetragen hatte. Gleichzeitig waren die USA zur dominierenden kapitalistischen Großmacht aufgestiegen. Diese neuen Kräfteverhältnisse spiegelten sich in der Struktur der UNO wider: Die fünf Siegermächte erhielten einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat und ein Vetorecht. Damit musste anerkannt werden, dass internationale Politik nicht losgelöst von realen Machtverhältnissen funktioniert.

Mit dem Beginn des Kalten Krieges wurde die UNO zu einem zentralen Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen sozialistischem und kapitalistischem Lager. Die Sowjetunion nutzte die Organisation, um ihre Sicherheit zu verteidigen und antikoloniale Bewegungen zu unterstützen. Sie setzte ihr Veto zugunsten der antikolonialen Befreiungsbewegungen ein. So fanden zahlreiche Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika in der UN eine Plattform.

Mit dem Niedergang der Sowjetunion veränderten sich die internationalen Kräfteverhältnisse erneut grundlegend. Die Vereinigten Staaten gingen als Supermacht aus dem Kalten Krieg hervor. Es wurde von einer „neuen Weltordnung“ gesprochen.

Völkerrecht als Errungenschaft des Klassenkampfes

Die Geschichte des Völkerbundes und später der Vereinten Nationen zeigt, dass auch so abstrakte Rechte wie das Völkerrecht Errungenschaften sind, die nur zustande kamen, weil auf der internationalen Bühne ein anderes System aufkam, das sich zum Ziel gemacht hatte, Krieg und Imperialismus ein Ende zu machen. Es ist kein Zufall, dass sich das moderne Völkerrecht mit der UN-Charta nach den beiden verheerenden imperialistischen Weltkriegen entwickelt hat. Doch das Völkerrecht bleibt aufgrund der Kräfteverhältnisse heute an vielen Stellen ein leeres Recht, das fast schon überholt wirkt.

Natürlich ist das Völkerrecht kein Garant für Frieden, denn nur wenn aus Rechten auch einzuhaltende und verklagbare Pflichten werden, haben sie einen Boden. Um das zu verhindern, wird im Völkerrecht unterschieden zwischen einklagbaren Rechten, sollte der Staat der Erfüllung seiner Pflicht nicht nachkommen, womit völkerrechtliche Verträge gemeint sind, und dem sogenannten Soft Law. Zu letzterem gehören die Sustainable Development Goals (kurz SDGs), die in der Regel nicht einklagbar sind. Zu den SDGs gehören die Bekämpfung der Armut, Ernährungssicherheit, Recht auf Gesundheit und Bildung oder Geschlechtergerechtigkeit. Die Staaten müssen bei Missachtung keine Konsequenzen fürchten. Auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 wurden (ebenfalls Ausdruck der damals ganz anderen Kräfteverhältnisse) einige Teile der sowjetischen Verfassung von 1936 – der fortschrittlichsten Verfassung der Welt – aufgenommen. Jedoch enthielt die sowjetische Verfassung als Verfassung eines sozialistischen Staates nicht einfach nur leere Rechte: Sie verpflichtete den Staat, als Garant für diese Rechte auch die materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen und es damit mit Inhalt zu füllen. Und auch heute sehen wir: Ein Recht auf Arbeit bringt wenig, wenn es keine Arbeitsplätze gibt. Reisefreiheit bringt wenig, wenn man kein Geld hat, um zu reisen. Auch in Staaten, in denen beispielsweise eine allgemeine Schulpflicht gilt, hängt die Bildung vom Portemonnaie der Eltern ab. Und auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist eine Farce, wenn Bomben fallen, die von den größten imperialistischen Mächten produziert wurden und es auf der Weltbühne keine Kraft gibt, die dem etwas entgegensetzen könnte oder wollte.

Das Völkerrecht bleibt leer, wenn es keine Kraft gibt, die auf seiner Einhaltung besteht. Doch wenn in Italien hunderttausende Arbeiter und Jugendliche streiken und protestieren, dabei selbstverständlich davon sprechen, dass in Gaza ein Genozid passiert und darauf bestehen, dass ihre Regierung die Beihilfe dazu unterlässt, dann wird Völkerrecht zum Druckmittel.

Die Krise der „regelbasierten Ordnung“

Deutschland beruft sich dort, wo es ihm nützt, regelmäßig auf Menschenrechte und internationales Recht. Gleichzeitig unterstützt es militärische Interventionen, befeuert Kriege, oder Bündnispartner, deren Handlungen selbst unter völkerrechtlicher Kritik stehen. So beispielsweise bei Staaten, die Menschenrechte mit Füßen treten. Deutschland verfolgt als imperialistische Macht eigene Interessen. Die Bundesrepublik benötigt Absatzmärkte, Investitionsmöglichkeiten, Rohstoffe und politischen Einfluss. Außenpolitik dient nicht moralischen Prinzipien, sondern ökonomischen und strategischen Zielen. Wo das Völkerrecht diesen Interessen dient, wird es verteidigt. Wo es ihnen entgegensteht, wird es relativiert oder ignoriert. Das erleben wir gerade im Nahen Osten: Die Bundesregierung hält trotz zahlreicher internationaler Vorwürfe wegen schwerer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht an ihrer Unterstützung Israels fest. Doch anstatt das Völkerrecht abzuschreiben, gilt es, eine Kraft aufzubauen, die Druck aufbauen und auf seiner Einhaltung bestehen kann. Auch wenn Errungenschaften und Rechte zunächst leere Hüllen sind – es liegt an uns, sie mit Inhalt zu füllen und das Völkerrecht zu nutzen, um die Machenschaften des deutschen Imperialismus anzuprangern. ★



von
Sebastian Pfeiffer

Russland als Hauptfeind, eine alte Liebe wiederentdeckt

Die Versprechungen nach einem baldigen Ende des Kriegs in der Ukraine hinterlassen bei der Mehrheit der Bevölkerung nichts weiter als ein Wimpernzucken.

Zu Beginn war es noch die russische Seite, die von einer zweiwöchigen Spezialoperation sprach. So waren es im weiteren Verlauf oftmals die olivgrünen Prediger der feministischen Außenpolitik, die im Rahmen der Ampelregierung davon sprachen, dass die Gerechtigkeit in Form des totalen ukrainischen Sieges kommen müsse. Nun sind viereinhalb Jahre vergangen und der Krieg geht weiter. Obwohl Hunderttausende Opfer zu beklagen und Abermilliarden in den Konflikt geflossen sind, hat sich die Frontline nur wenig verschoben. Doch jüngst, mit der Vereinbarung zwischen den USA und Iran zum Beilegen der Kampfhandlungen, scheint der Westen wieder geeint gegen Russland zu stehen und vorgehen zu wollen.

Am Donnerstag, den 18.06 spricht die Berichterstattung vom bisweilen größten Angriff der Ukraine auf Russland. Bei einem Drohnenangriff auf Moskau wurde eine Öltraffinerie, die für 30% der Ölversorgung von Moskau verantwortlich war, getroffen, während gleichzeitig der ASEAN Gipfel dort abgehalten wurde. Zeitlich wohl keinesfalls zufällig, denn so konnte man auf internationaler Bühne ein Exempel statuieren.

Ebenfalls in derselben Woche wurden die Sanktionen der EU gegen Russland erstmals für die nächsten 12 Monate verabschiedet. Vorher waren es immer nur sechs. Dies ist ein direktes Resultat aus der Abwahl von Orban in Ungarn und dessen Ersetzung durch einen Pro-EU-Rechten. Aufgrund der veränderten Abstimmungsverhältnisse in den Gremien konnte dieser Beschluss so gefasst werden.

Beim ebenfalls in dieser Woche stattgefundenen G7-Gipfel begrüßte der französische Präsident die anderen Staatschefs mit Liedern aus ihren Ländern, mit denen er die Beziehung zu diesen charakterisierte. Neben Friedrich Merz, der ganz im Namen der deutsch-französischen Freundschaft als "Lieblingsmensch" begrüßt wurde, musste sich Trump mit "Love is a long road" zufriedengeben. Dieser Wink mit dem Zaunpfahl war stellvertretend für die Position, die die europäischen Machthaber auf dem Gipfel eingenommen hatten. Das Experiment der eigenständigen und unabhängig von der EU handelnden USA ist mit dem Krieg im Iran gescheitert. Der geschlossene Vertrag zur Beendigung konnte weder einen Regime Change, noch andere Ziele herbeiführen. Die Stellung der USA geschwächt; ein Aus-

druck der sich verstärkenden Konkurrenzsituation zwischen den großen Mächten und Angleichung ihrer Position zur Einflussnahme.

Die jüngsten Rohstoffvereinbarungen zwischen Ukraine und Washington sind nicht in Erfüllung gegangen. Die ausländischen Direktinvestitionen in die Ukraine sind im letzten Kalenderjahr laut dem Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche um ein Viertel zurückgegangen. Dies ist ein Spiegel der ungewissen Lage bezüglich der Entwicklung des Krieges hinsichtlich eines definitiven Siegers. Die festgefahrene Lage und der Rohstoffreichtum der Ukraine, welches sich auf die östlichen Gebiete fokussiert, führt dazu, dass erst die Tendenz eines ukrainischen Sieges für konkrete Anreize von ausländischen Direktinvestitionen führt. Doch nun mit der neuen internationalen Situation und der ukrainischen Drohnenkriegsführung scheinen einige Weichen gestellt, um einen Teilerfolg für die westlichen Profiteure der Kiewer Marionettenregierung zu gewährleisten.

Besonders die Rolle Polens ist dabei hervorzuheben. Als direkter Nachbarstaat und aufsteigende Wirtschaftsmacht in der EU hat sich der Staat in den letzten Jahren zu einem der größten Kapitalexporthoren in die Ukraine manövriert. Allein 2025 stieg das Volumen dieser um fast zwei Drittel an. Ende Juni 2026 fand in Danzig die "Ukraine Recovery Conference" statt, die schon seit 2017 zur Koordinierung von Kapitalexporthoren in die Ukraine abgehalten wird. Der Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen fasst es wie folgend zusammen: "Beim Wiederaufbau geht es nicht darum, was verloren wurde, sondern darum, die Zukunft zu finanzieren: [...] eine wettbewerbsorientierte Wirtschaft..." Auch Merz war vor Ort und betonte, fest an der Seite der Ukraine zu stehen. Dies gilt sowohl militärisch durch die weitere Lieferung von Luftabwehrsystemen, aber auch immer mehr wirtschaftlich. Denn wie Merz auf dem Kongress bemerkte, befindet sich die Ukraine an einem neuen Punkt der Stärke. Übersetzt bedeutet das; nun ist die Zeit für Investitionen gekommen. Der European Flagship Fonds für den Wiederaufbau der Ukraine hat ein Finanzpaket von bis zu 220 Millionen Euro geschaffen. Dieses Geld ist dafür vorgesehen, um private Investitionen in die Ukraine zu fördern und den Unternehmen einen besseren Zugriff zu verschaffen. Und schon im November steht die "Rebuild Ukraine"-Tagung an.



HAT BIBI TRUMP IN DEN KRIEG GETRIEBEN?

Die Waffenruhe zwischen den USA und dem Iran beendet zwar vorerst den Krieg, doch die tieferen geopolitischen Konflikte bleiben bestehen – und einfache Erklärungen für Trumps Kurs machen die Runde.

von **Maximilian Berthold**

Die zwischen Washington und Teheran unterzeichnete Rahmenvereinbarung verschriftlicht eine temporäre Beendigung des US-israelischen Angriffskriegs gegen den Iran. Dass Trump seine ursprünglichen Kriegsziele nicht erreicht hat, steht außer Frage. Doch ist es zu früh, von einem langfristigen Sieger bzw. Verlierer zu sprechen. Die Dynamiken in der Welt sind deutlich komplexer. Ob die Umsetzung des Abkommens und die sich daran anschließenden Verhandlungen über das iranische Atomprogramm zu einer dauerhaften Abwesenheit von Krieg in der Region führen wird, bleibt unwahrscheinlich. Nicht zuletzt die jüngsten israelischen Angriffe gegen den Libanon signalisieren eine Fortsetzung des kriegerischen Dauerzustandes.

Bereits zu Anfang des US-israelisch geführten Invasionskrieges gegen den Iran und den Libanon wurden Stimmen laut, die hinter

dem Trumpschen Einsatzbefehl für Operation Fury den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu als Strippenzieher beschuldigten. Eine häufig angebrachte Vermutung stützt sich auf den angeblichen Druck, den die Einsatzbereitschaft der israelischen Streitkräfte gegenüber der Trump-Administration signalisierten. Tel-Aviv stand ohnehin kurz davor den Iran anzugreifen, weshalb das Weiße Haus keine andere Wahl hatte, als sich an dem Krieg zu beteiligen. So zumindest die Erzählung.

Eine weitere scheinbare Erklärung untersucht das Verhältnis von Trump zu Jeffrey Epstein, dessen Verbrechen Anfang dieses Jahres besonders im Vordergrund der medialen Berichterstattung stand. Nicht nur, um von seinen eigenen Verstrickungen in der Epstein-Affäre abzulenken, sondern auch weil Netanjahu und dem Mossad aufgrund der Zusammenarbeit mit Epstein sensibles Material zur

Verfügung stünde, hätte Trump dem erpresserischen Druck nachgeben müssen.

Auch wenn die persönlichen Bedingungen von Amtsträgern nicht vollständig irrelevant in ihrer Entscheidungsfindung sind, lenken sie vom eigentlichen strukturellen Verhältnis zwischen ihnen und den Staaten, die sie vertreten und ihren gegenseitigen Beziehungen ab. Der Krieg gegen den Iran wird so reduziert auf den Fakt, dass Trump modernen Sklavenhandel mitorganisierte und der Mossad ihn daraufhin erpresst haben soll.

Gleichzeitig füttert die Trump-Epstein-Mossad-Netanjahu-Erzählung den Glauben, dass hinter all den Übeln der Welt schließlich doch eine jüdische Weltverschwörung stecke. Sei es Krieg oder Vergewaltigung, Genozid oder Sklavenhandel: All diese Erscheinungen seien irgendwo ein Produkt des Judentums.

Dabei führen solche antisemitischen Verschwörungserzählungen in aller erste Linie zur Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse. Hinter Krieg oder Vergewaltigung, Genozid oder Sklavenhandel verberge sich nämlich kein rational erklärbares Ausbeutungssystem mehr, sondern die bloße moralische Verdorbenheit. Anstelle einer herrschenden Klasse tritt eine religiöse Gemeinschaft, sodass Klasseninteresse durch den Talmud ausgetauscht wird. Selbst Netanjahu wird sich in solchen Zuschreibungen suhlen. Denn er kann sich als genau das Opfer antisemitischer Hetzkampagnen präsentieren, die die Angriffskriege der IDF zu Verteidigungskriegen erheben.

Aber was noch viel entscheidender ist: Nicht nur wird alles auf die ‚Juden‘ abgewälzt. Noch dazu wird der US-Imperialismus zum Werkzeug der ‚Juden‘ und Israels reduziert und damit selbst zum Opfer einer vermeintlichen weltweiten jüdischen Verschwörung umgedichtet. Der Krieg gegen den Iran lässt sich damit nicht mehr rational durch die konkreten Interessen des US-Kapitals erklären. Dabei mischen sich derartige abstruse Erzählungen, die nur der Verschleierung der Realität dienen, mit einer tatsächlichen empirisch nachweisbaren Dominanz pro-israelischer Akteure in den USA. Eine herausragende Rolle in der Unterstützung Israels durch die USA nimmt die pro-israelische Lobbyorganisation American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) ein, die 1953 als American Zionist Committee for Public Affairs gegründet wurde. AIPAC gilt für viele als das Machtinstrument Israels oder der ‚Juden‘ in den USA, um ihre Interessen durchzusetzen und die bedingungslose Unterstützung oder gar Unterordnung der USA unter Israel abzusichern.

Wenn man auf die Geldgeber von AIPAC schaut, so springen gleich mehrere Dinge ins Auge. Die größten Geldgeber der Lobbyorganisation sind Milliardäre in der Tech-, Rüstungs- und Finanzbranche. Laut Track AIPAC, einem investigativ-journalistischen Portal, gehörten zu den größten Spendern in den Jahren 2023-24 Jan Koum, Miriam Adelson und Jonathan Jacobson, die gemeinsam auf eine Spendensumme von 17 Millionen US-Dollar kommen. Koum ist Gründer von WhatsApp, Jacobson Gründer der Investmentgesellschaft HighSage Ventures und Adelson gilt mit einem geerbten Vermögen von ca. 40 Milliarden US-Dollar zu den reichsten Frauen der Welt.

Hinter AIPAC stehen also Vertreter des US-Kapitals. Verflochten ist AIPAC mit dem sogenannten United Democracy Project (UDP), welches als Finanzierungstopf für Wahlkämpfe beider großer US-Parteien fungiert. Auch hier sind prominente Geldgeber u.a. Jacobson und Koum. Wahlkampagnen vieler Kongressabgeordnete werden durch die Gelder aus dem UDP-Topf finanziert.

Nicht alle Fraktionen des US-Kapitals stehen gleich stark hinter der massiven finanziellen, militärischen und politischen US-Unterstützung Israels. Der US-Rüstungssektor arbeitet historisch eng zusammen mit seinem israelischen Pendant, wobei insbe-

sondere israelische Rüstungsunternehmen besonders bekannt für militärische Hochtechnologie sind. Diese sollen z.B. über den von AIPAC vorangetriebenen National Defense Authorization Act in die Lage versetzt werden, in die US-Rüstungsindustrie besser integriert zu werden. Aber auch der US-Energiesektor hat ein Interesse an den von Israel kontrollierten Gasfeldern im Mittelmeer. Unternehmen im Handel oder mit starker Marktorientierung in arabischen Ländern wiederum vermeiden in der Regel eine offene Unterstützung Israels, um kurz- sowie langfristig kein Nachteil in der Positionierung in der Region zu ziehen.

Insgesamt hat die herrschende Klasse in den USA seit Jahrzehnten das Interesse an einem funktionierenden nach außen hin aggressiv auftretenden Israel. Die massive militärische Unterstützung Israels durch die USA ist dabei existentiell. Auch die herrschende Klasse in Israel hat ein großes Interesse daran, weitere Gebiete in der Region zu besetzen und benötigt seinerseits eine massive Unterstützung durch die USA. Beide Seiten ziehen also ihren Vorteil aus dem Verhältnis, nur dass die USA am entscheidenden Hebel sitzen, dieses Verhältnis von Grund auf neu zu gestalten.

Israel hat vor dem Hintergrund des Iran-Krieges entscheidende Vorarbeit in der Schwächung der iranischen Vorposten und Verbündeten geleistet, die einerseits ohne US-Unterstützung unmöglich gewesen wären und andererseits ganz im Interesse Washingtons waren, um Teheran als entscheidenden Verbündeten Pekings angreifen zu können. ★

Interview mit Qemal Cicoralli, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Albaniens:

Auf den Straßen Albaniens herrscht Wut über Armut, Ausbeutung und Imperialismus

In Albanien sind Menschen in der Hauptstadt Tirana und im Bezirk Zvërnec bei Avlonja auf die Straße gegangen, leisten seit Wochen Widerstand unter dem Motto „Albanien steht nicht zum Verkauf“. Hauptgrund ist die Übertragung unter Naturschutz stehender Küstenstreifen an ausländisches Kapital im Rahmen eines 4-Milliarden-Dollar-Luxustourismusprojekts, das mit Ivanka Trump, der Tochter des US-Präsidenten Donald Trump, und ihrem Ehemann Jared Kushner in Verbindung steht.

Im Interview erklärt Qemal Cicoralli, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Albaniens, die Zusammenhänge.

(Gekürzte Übersetzung aus *Yeni Hayat*)

Sind die Landkäufe durch US-Oligarchen der einzige Grund für die Proteste?

Es ist eine Protestbewegung, die das Volk – auch die Menschen in der Diaspora – gegen die Regierung ins Leben gerufen hat, gegen die Unterdrückung und Korruption der Regierung. Vor allem die Beteiligung junger Menschen ist stark. Zweifellos waren die Investitionen von Trumps Schwiegersohn ein Auslöser.

Der eigentliche Grund ist, dass die Regierung nicht im Interesse der Bevölkerung, sondern im Interesse des amerikanischen Imperialismus handelt. Ein weiterer wesentlicher Faktor ist die zunehmende Armut. 40 % der Erwerbstätigen gelten als arm. Der durchschnittliche Mindestlohn liegt bei etwa 300 Euro, doch die Preise für Grundnahrungsmittel entsprechen denen in Europa. Die Mieten liegen zwischen 100 und 120 Euro. Die monatliche Inflationsrate liegt bei 3,2 % und steigt. Das Arbeitslosengeld beträgt nur 90 Euro. [...]

Interview online auf arbeitsukunft.de

LESERBRIEFE

WIR TRAGEN DIE LAST!

Zum Beitragsstabilisierungsgesetz

Als Pflegekräfte blicken wir mit großer Sorge auf das geplante Beitragsstabilisierungsgesetz. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft prognostiziert, dass bundesweit fast jedes 2. Krankenhaus Insolvenz anmelden muss. Ca. 140 000 Beschäftigte im Gesundheitswesen könnten durch die Klinikschließungen ihren Job verlieren. Aktuell ist es als Pflegekraft zumindest relativ einfach, einen Job zu finden, da der Bedarf an Pflegekräften hoch ist. Käme es zu den Klinikschließungen, könnte es die Jobsuche erschweren und die Konkurrenz unter den Arbeitssuchenden verschärfen. Der generelle Pflegebedarf wird in Deutschland vor allem durch den demographischen Wandel weiter ansteigen. Bei einem Wegfall von so vielen Kliniken würde sich der steigende Arbeitsaufwand auf die übergebliebenen Kliniken verteilen. In Hamburg zeigte sich kürzlich, dass die Schließung eines Krankenhauses im Süden der Stadt zu einer enorm angestiegenen Belastung der umliegenden Kliniken geführt hat. Diese Überlastung trifft natürlich nicht die Krankenhauskonzerne oder Aktionäre. Am Ende sind es die Beschäftigten, die unter den massiven Einsparungen und der steigenden Arbeitsbelastung leiden.

Direkte Auswirkungen auf Arbeitsalltag

Wenn Kliniken sparen, um ihre Gewinne zu sichern, ist häufig Stellenabbau die Folge. Berufsgruppen wie z.B. Servicekräfte, Reinigungskräfte und Patiententransporture werden gekündigt und die verbliebene Arbeit wird auf die Pflegekräfte übertragen. Diese Sparmaßnahmen konnte man schon in der Vergangenheit beobachten und könnten durch das geplante Beitragsstabilisierungsgesetz noch häufiger vorkommen. Die Pflege bekommt immer mehr Zuständigkeiten, die das Berufsbild zerstören und die ohnehin schon hohe Arbeitsbelastung steigt weiter. Krankenhäuser sparen außerdem zunehmend an Investitionen. Mitarbeiter des Gesundheitswesens berichten oft von defekten oder veralteten Arbeitsmaterialien. Das kann konkret bedeuten, dass Fahrstühle für Patiententransporte, Blutdruckmessgeräte oder andere essenzielle Geräte defekt sind. Viele Pflegekräfte berichten von veralteten PCs, was dazu führt, dass es sehr lange dauert, wichtige Informationen über ihre Patienten oder Medikamente zu erhalten. All diese Investitionseinsparungen sorgen dafür, dass die Mitarbeiter wichtige Zeit in ihrem Arbeitsalltag verlieren und sich der Stress durch den Zeitdruck erhöht. Fehlerhafte Gehaltsabrechnungen zu Ungunsten der Mitarbeiter scheinen auch eine Folge von Einsparungen zu sein. In mehreren Kliniken berichten vor allem Pflegekräfte, dass sie regelmäßig Fehler in ihren Gehaltsabrechnungen anzeigen und mehrere Monate auf ihr vollständiges Gehalt warten müssen. Diese Häufigkeit scheint System zu haben und es setzt darauf, dass es den Beschäftigten nicht auffällt oder ihnen die nötige Kapazität fehlt, sich das Geld einzuklagen. Auch wenn die Krankenhäuser die Gehälter der Pflegekräfte von den Krankenkassen nahezu vollständig refinanziert bekommen, kommt es zu den fehlerhaften Gehaltsabrechnungen. Sinkt das Pflegebudget in Zukunft durch die geplante Reform, müssen wir davon ausgehen, dass es noch häufiger zu fehlerhaften Abrechnungen kommt und die Arbeitgeber sich noch mehr Zeit bei den Korrekturen lassen. Die Gewinnorientiertheit sorgt aktuell schon für massive Belastungen bei den Beschäftigten im Gesundheitswesen und das wirkt sich unmittelbar auf die Patienten aus. Die Pflegekräfte sind überlastet, ver-

lassen sogar ihren Beruf aufgrund der schlechten Bedingungen und die Krankenhäuser an sich sind durch Sparmaßnahmen in einem schlechten Zustand. Die geplante Reform wird die Situation weiter verschärfen, Arbeitsplätze riskieren und unsere Gesundheitsversorgung weiter verschlechtern.

WIE GEHT DIE REKTURIERUNG VON STATTEN?

Ein Bericht von einem Tag der offenen Tür bei der Luftwaffe im ländlichen Westfalen und einer Gegenprotestaktion.

Am 28.06 fand in der Hachenberg Kaserne bei Erndtebrück (Kreis Siegen-Wittgenstein) ein Tag der offenen Tür statt. Schon im Voraus waren die 5000 zur Verfügung stehenden Reservierungsplätze für Gäste ausgebucht. Die Lokalpresse machte im Vorfeld schon mächtig Werbung für diesen Tag. In unkritischen und verharmlosenden Artikeln wurde diese Veranstaltung quasi als ein Event mit dem Charakter einer Popveranstaltung für Jung und Alt angekündigt.

Die Siegener Zeitung warb sogar mit einer Beilage mit Werbeanzeigen von lokalen Firmen, welche Rüstungsgüter herstellen, etwa die Kirchener Firma Jungenthal Wehrtechnik, die „technikbegeisterte“ junge Leute als Arbeitskräfte anheuern will.

Der Luftwaffenstandort Erndtebrück spielt in der kleinen Gemeinde im hessisch-westfälischen Grenzgebiet schon seit der Nachkriegszeit eine wichtige Rolle. Die Anzahl der stationierten Soldaten soll sich in den kommenden Jahren mit der Aufstellung des neuen Luftwaffensicherungsbataillon (L) erhöhen.

Nichtsdestotrotz führte eine kleine Gruppe aus lokalen Engagierten und dem Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“ an der Zufahrt eine Protestaktion durch. Ein großes Transparent „Kein Werben fürs Sterben“, Protestschilder und viele Friedensfahnen dienten als guter Blickfang für die teils mit Shuttlebussen oder PKW vorbeifahrenden Besucher. So konnten die Demonstranten bei einigen Besuchern Anklang finden, die auf ihrem Weg zum Tag der offenen Tür die Banner passierten. Auch in den ländlichen Regionen, die sich durch starke Perspektivlosigkeit kennzeichnen, ist es umso wichtiger ein Zeichen gegen diese gefährliche Perspektive zu setzen.

SCHICKT UNS LEBEBRIEFE!

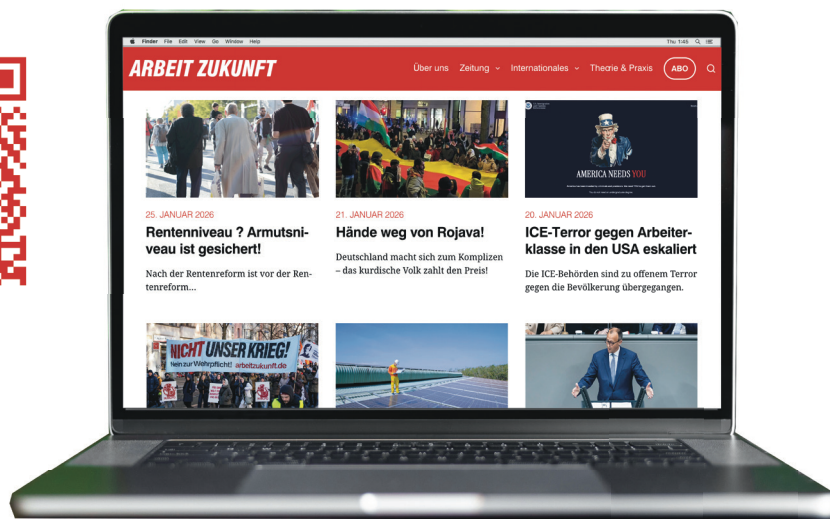
Du hast eine Ergänzung, Kritik oder auch positive Rückmeldung zu einem Artikel? Du denkst etwas wurde falsch dargestellt oder wesentliche Argumente fehlen? Dir fehlt es an Artikeln zu bestimmten Themen? Du hast Kampferfahrungen oder Probleme aus deinem Betrieb die es sich lohnen zu teilen? Du kannst wertvolle Einblicke in Kämpfe an Unis, Schulen oder Nachbarschaften teilen oder von Problemen dort berichten? **Dann schreib uns!** Denn wir brauchen eure Rückmeldungen und Beiträge um die Zeitung ständig weiter zu entwickeln.

Wir veröffentlichen Leserbriefe und Berichte aus Betrieb, Schule, Uni, Alltag und Nachbarschaft.

Du willst keinen Artikel mehr verpassen?

Wir veröffentlichen regelmäßige Artikel zu aktuellen Fragen auf unserer Website: arbeitzukunft.de

In unserem Infokanal auf WhatsApp wirst du regelmäßig benachrichtigt:



Jetzt Arbeit Zukunft abonnieren!

Das Abo beinhaltet elf Ausgaben im Jahr.

Solidaritätsabo: 60€ im Jahr

Normales Abo: 40€ im Jahr

Einfach eine Mail an abos@arbeit-zukunft.de oder den QR-Code scannen

